

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Veranlagungsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 42.

Berlin, den 13. Oktober 1906.

22. Jahrgang.

Beachtet die Orte, in denen Lohnbewegungen im Gange sind.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Aus einer ganzen Anzahl von Zahlstellen sind dem Verbandsvorstand Mitteilungen zugegangen, wonach die Mitglieder gegen den zurzeit bestehenden Extrabeitrag heftigen Widerspruch erheben und vielfach mit dem Austritt drohen, wenn nicht bald der reguläre Wochenbeitrag von 45 bzw. 20 Pf. wieder in Kraft trete. In einer Reihe von Fällen wird über bereits eingetretenen Mitgliederverlust lebhaft Klage geführt und die Befürchtung ausgesprochen, daß weitere Austrittserklärungen folgen werden. Allgemein wird weiter darüber geklagt, daß es bei der gegenwärtigen Beitragshöhe fast ganz ausgeschlossen sei, weitere Mitglieder für die Organisation zu gewinnen.

Der Verbandsvorstand sieht sich daher bedauerlicherweise in Gemeinschaft mit dem Ausschuss des Verbandes veranlaßt, die Extrasteuer mit Ablauf der 44. Woche aufzuheben. Es tritt somit mit der 45. Woche der regelmäßige Beitrag von 45 bzw. 20 Pf. wieder in Kraft.

Die dann zur Ausgabe gelangenden Beitragsmarken werden den Zahlstellen- und Gau-Bevollmächtigten Ende des Monats Oktober zugestellt werden.

2. Die Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten machen wir darauf aufmerksam, daß entsprechend den Bestimmungen der §§ 43 bzw. 47 im Statut die Abrechnungen pro 3. Quartal 14 Tage nach Quartalschluß eingeleistet werden müssen. Wir ersuchen dringend um genaue Beachtung und Befolgung dieser Bestimmungen.

Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dürfen ein Hindernis für die Fertigstellung und Einsendung der Abrechnung an uns nicht bilden.

Zugleich mit den Abrechnungen sind die übrigen alten Quittungsmarken à 45 und 20 Pf. an die Verbandskasse retour zu geben. Etwaige verloren gegangene oder fehlende Marken sind gleich den an die Mitglieder ausgegebenen Marken zu bezahlen und entsprechend zu verrechnen. In der Rubrik „Extrabeitrag“ im Abrechnungsformular sind die von jedem einzelnen Mitgliede geleisteten Extrabeiträge à 20 und à 10 Pf. aufzuführen. Die sich dabei ergebenden Endresultate, deren Ziffer mit den an die Mitglieder ausgegebenen Marken à 65 und à 30 Pf. übereinstimmen müssen, sind in der Bilanz unter Ziffer 5 a und b in Einmache zu stellen.

3. Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß die auf Listen gesammelten Gelder in dem Abrechnungsformular unter Ziffer 6 der Einnahmen mit eingestuft werden müssen. Die Sammellisten, auch diese, auf die nicht gezeichnet ist, sind als Belege der Abrechnung mit beizufügen, nebst einer von mindestens zwei Revisoren gegengezeichneten Aufstellung der auf den einzelnen Listen gezeichneten Beträge. Die von den einzelnen Zahlstellen aus lokalen Mitteln der Verbandskasse überwiesenen Beträge sind in gleicher Weise zu verrechnen.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Emil Kloth.

Lohnbewegungen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: Zimmermann u. Co. in Düsseldorf, Jäger u. Sohn in Martenkirchen i. S.

Zugang ist fernzuhalten von: Breslau, Eisenach, Eberfeld, Erlangen, Göttingen, Hannover, Krefeld, Magdeburg, Mainz, München, Plauen im Vogtl., Schw. Gmünd.

Die Sektion Luzern des schweizerischen Buchbinderverbandes ist gesperrt.

Bei jedem Stellungswechsel sind unbedingt vorher bei den betreffenden örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen einzuziehen.

Bei Stellenangeboten aus Nach- und Lehr sind unbedingt vorher bei den dortigen Bevollmächtigten Erkundigungen einzuziehen.

Wien. Die Differenzen bei der Firma Mosmann in Feldkirch (Vorarlberg) sind beigelegt und steht der Annahme von Arbeit bei derselben von nun ab nichts im Wege.

Wien. Die Kollegen der Firma Tamsley in Wien befinden sich im Ausstand. Da befürchtet wird, daß genannte Firma Streikarbeit nach Deutschland sendet, darum ersuchen wir unsere Kollegen, darauf bedacht zu sein, daß dieselbe nicht angefertigt wird. Diese Firma arbeitet für eigenen Verlag, so daß die Streikarbeit leicht kenntlich ist an dem Vermerk: Verlag Tamsley.

Eberfeld. Zu der am Montag den 1. Oktober in der Restauration Jäger tagenden öffentlichen Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte Kollege Grünhoff zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohnbewegung“ das Referat übernommen. Daß es dringend notwendig ist, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen, beweise die Statistik, die im Laufe des Sommers von der hiesigen Zahlstelle in unserem Verufe aufgenommen wurde. Die Arbeitszeit ist noch sehr verschieden und die Löhne sind im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen als unzureichend zu bezeichnen. Es wurde deshalb von der Versammlung beschlossen, den Arbeitgebern einen Tarif einzureichen, in welchem eine Maximalarbeitszeit von täglich 9 Stunden oder 54 Stunden wöchentlich festgelegt ist. Der Minimallohn soll für Gehilfen 24 Mk. betragen. Für solche Gehilfen, welche im 1. oder 2. Gehilfenjahre stehen 21 resp. 22 Mk. Dann sind noch die Minimallohne für Arbeiterinnen in verschiedenen Stufen und die Akkordlöhne festgelegt. Ebenso ein prozentualer Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit und 10 Prozent Zuschlag für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Es handelt sich jetzt hauptsächlich darum, hier am Ort einmal eine feste Norm zu schaffen, damit die ungleiche Arbeitszeit und schlechte Bezahlung aufhört und der Schmutzkonkurrenz

auf Kosten der Arbeiter ein Paroli geboten wird. Wir hoffen, daß uns die anständigen Firmen in diesem Bestreben unterstützen. Wie jeder Eingeweihte weiß, gehört der Buchbinderberuf mit zu den ungesundesten, da 60 Prozent aller Todesfälle auf Erkrankung der Lungen und Atmungsorgane zurückzuführen sind. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, einzutreten in die Reihen derjenigen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, dafür zu streben, daß auch in unserem Beruf geregelte Arbeitszeit und anständige Bezahlung eingeführt wird zum Wohl der Kollegen und des Gewerbes.

München. Wir machen unsere Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß die Firma Gebr. Nipacher in verschiedenen Fachzeitschriften Personalunterstützung sucht und Respektanten in ihrem Antwortschreiben verheimlicht, daß ihr Betrieb bestreift wird. Man halte Zugang strikte fern.

München. Der vereinbarte Minimal-Lohnsatz für die Kartonnagen-Betriebe hat folgenden Wortlaut:
1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden exklusive Pausen, ohne Vertüzung des bisherigen Lohnes. In gemischten Betrieben darf die Arbeitszeit nicht länger dauern, als die des Hauptbetriebes.

2. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt:
a) Für Kartonnagenzuschneider 24 Mk.; bei Zuschneidern, die noch nicht ein Jahr im Betrieb beschäftigt sind, kann ein Mindestlohn von 23 Mk. gezahlt werden und für Zuschneider, die noch nicht 1 Jahr als Zuschneider tätig sind, 21 Mk.; b) Für Hilfsarbeiter, die noch nicht im Beruf tätig waren: im Alter von 14-16 Jahren 6-7 Mk., im Alter von 16-18 Jahren 7-10 Mk. Für Hilfsarbeiter, die bereits 6 Monate im Beruf tätig waren: im Alter von 14-16 Jahren 7-9 Mk., von 16-18 Jahren 10-13 Mk., von 18-20 Jahren 15-18 Mk., über 20 Jahren 21 Mk. Hilfsarbeiter, die die Arbeit von Zuschneidern oder gelernten Arbeitern verrichten müssen, erhalten den Lohn derselben; c) Für Arbeiterinnen, die noch nicht im Beruf tätig waren: im Alter von 14-16 Jahren 5-6,50 Mk., über 16 Jahren 7,20-8,00 Mk.; nach sechsmonatlicher Tätigkeit im Beruf: im Alter von 14-16 Jahren 6,50 Mk., im Alter von über 16 Jahren 8,- Mk.; d) Für 1. Tischarbeiterin 1. Klasse 13,- Mk., für 1. Tischarbeiterin 2. Klasse 11,50 Mk., für 2. Tischarbeiterin 1. Klasse 10,50 Mk., für 2. Tischarbeiterin 2. Klasse 9,50 Mk. Für 3. Tischarbeiterinnen gelten die Löhne der unter o genannten Arbeiterinnen je nach ihrem Alter und der Dauer ihrer Tätigkeit im Beruf. Nach einjähriger Tätigkeit im Beruf erhöht sich der Wochenlohn um 50 Pfg. und beträgt daher mindestens 7 bzw. 8,50 Mk.; e) Für Arbeiterinnen, die vorwiegend an der Gestaltmaschine beschäftigt werden 10,50 Mk.; f) Für Arbeiterinnen an Stanz- und Diegmaschinen gelten die Löhne der unter d genannten 3. Tischarbeiterinnen.

3. Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch Einführung der oben bezeichneten Mindestlöhne keine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse erzielen, erhalten eine Zulage von 5 Proz. auf ihre bisherigen Löhne vom 1. Oktober 1906 an.

4. Nach vollendeter neunstündiger Arbeitszeit ist jede längere Tätigkeit des Personals im Geschäft als Ueberzeitarbeit zu betrachten und deshalb höher zu entlohnen.

Regelmäßige Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden. Wenn solche nicht zu umgehen sind, ist das Personal — unter Beobachtung der bestehenden ge-

schließen Vorschriften von Seiten der Prinzipale — verpflichtet, Ueberstunden zu leisten. Die Ueberzeit ist dem Personal mindestens am Vorabend anzugeben. Es dürfen jedoch pro Kopf und Woche in der Regel nicht mehr als 10 Ueberstunden geleistet werden.

Die Mehrbezahlung für Ueberstunden beträgt sowohl für Lohn- wie für Akkord-Arbeiter und Arbeiterinnen 33 1/3 Prozent.

Bei Akkordarbeiten sind die Preise so zu setzen, daß bei normaler Leistung der Minimallohn verdient werden kann.

6. Anerkennung des Arbeitsnachweises der Zahlstelle München des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

7. Die Reinigung der Arbeitsräume hat nur nach Schluß der Arbeitszeit zu erfolgen. Arbeiterinnen, die hiermit beauftragt werden, ist die dazu benötigte Zeit als Ueberarbeit zu entschädigen.

Vorstehender Vertrag gilt vom 1. Oktober 1906 bis zum 1. Oktober 1908 und läuft auf ein Jahr weiter, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf derselbe von einem der beiden Vertragstheilnehmenden Teile gekündigt wird.

Erlangen. Nachdem der Streik in Erlangen bereits die 6. Woche dauerte, legte sich die Streikleitung die Frage vor, ob es nicht angebracht wäre, nochmals durch Verhandlungen den Versuch zu machen, den Streik beizulegen. Sie wurde hierzu durch die Anwesenheit des Kollegen Kloth veranlaßt, der auf seiner Rückreise von München Erlangen berührte und mit der Streikleitung Rücksprache nahm.

Der Herr Bürgermeister Dr. Kippel erklärte sich auf Anfrage Kloth's und Leipold's, des Vorsitzenden der Zahlstelle, bereit, im Sinne einer Verständigung auf den Vorsitzenden der Fabrikanten-Vereinigung, Herrn Kommerzienrat Zuder, einwirken zu wollen, was auch geschah. Herr Zuder antwortete nach geschener Rücksprache mit seinen Kollegen in dem Sinne, daß die Arbeitgeber bereit seien, das ausständige Personal, soweit Arbeit vorhanden sei, wieder einzustellen. Die Zugehörigkeit zur Organisation sei kein Grund, die Arbeiter von der Arbeit auszuschließen. Die Arbeitgeber wären bereit, mit den Arbeiter-Ausschüssen eine Erhöhung des Tarifs von 1904 zu vereinbaren, die am 1. Januar 1907 in Kraft treten sollte.

In einer Unterredung, die der Verbandsvorsitzende mit Herrn Zuder hatte, gab letzterer die Erhöhung des Tarifs von 1900, welche die Arbeitgeber beschließen hätten, auf 5% an, obgleich er persönlich für 10% Erhöhung eingetreten wäre. Daß bei der Wiedereinstellung der Streikenden zuerst die Verheirateten zu berücksichtigen seien, hatte er für selbstverständlich.

Eine verabredete Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und Vertretern der Arbeiterauschüsse am 2. Oktober kam nicht zustande, weil in der kurzen Zeit von nachmittags 2 1/4—3 Uhr die Vertreter der Arbeiter nicht zusammen zu bringen waren und 1/4 Uhr die Arbeitgeber sich bereits schon wieder entfernt hatten, als die ersteren sich beim Herrn Kommerzienrat Zuder einfanden. Es wurden daher die Arbeitgeber einzeln vom Kollegen Kloth mit noch 2 anderen Kollegen aufgesucht, und überall wurde ihnen erklärt, daß den Arbeitgebern es unmöglich sei, sofort alle Streikenden wieder einzustellen, weil viele Aufträge annulliert worden wären und daher nicht genügend Arbeit vorhanden sei, um alle wieder beschäftigen zu können.

Die Streikleitung trat nun nochmals zusammen und beschloß, den Streikenden zu empfehlen, unter den Bedingungen, wie sie im Brief des Herrn Zuder an den Herrn Bürgermeister ausgedrückt seien, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die eingehaltenen Kauttionen wollten die Arbeitgeber den Geschäftshülfsklassen zuführen und erst nach längerem telephonischen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Herren Feldmann und Sachs gelang es Kloth, während der Versammlung der Streikenden zu bewirken, daß Herr Feldmann versprach, die Kauttionen den Wiedereingestellten gutzuschreiben, den Nichtwiedereingestellten aber, mit Ausnahme der von Erlangen abgereisten, auszusuchen. Herr Sachs hatte die Erledigung der Kauttionsfrage bedenkenlos überlassen und ließ sich von diesem Standpunkt trotz der eindringlichen Mahnungen Kloth's nicht abbringen: einen wie schlechten Eindruck es machen würde, wenn die Arbeitswilligen über die Kauttionen der Streikenden zu bestimmen hätten.

Und die „Ehrenmänner“, welche bei Sachs & Co. im Arbeiterauschuss sitzen, beschloßen e i n f i m m i g, daß den Abgereisten die Kauttionen nicht ausgezahlt werden sollten, obgleich ihnen bekannt gegeben wurde, daß Herr Feldmann auch an Abgereiste die Kauttionen auszahlen würde, wenn dies auch in der Firma Sachs geschähe. Das ist fürwahr ein Arbeiter-„Auslöcher“, der sich sehen lassen kann, der die Interessen derjenigen, die er zu verteidigen hätte, mit Füßen tritt. Herr Sachs war anscheinend einsichtiger als „sein“ Arbeiterauschuss und versprach dafür zu wirken, daß den Wiedereingestellten wenigstens ausnahmslos die Kauttionen gutgeschrieben werden sollte,

während der Arbeiter-„Auslöcher“ beschloßen hatte, daß dies nach 3 Monaten geschehen „könne“. Herr Sachs betonte dann noch, daß bei ihm nur höchstens 5 Personen in Betracht kämen, die nicht wieder eingestellt werden könnten, also die Kauttionsfrage keine große Rolle spiele.

Die Streikenden beschloßen am 3. Oktober nach vielem Zureden der Streikleitung und des Kollegen Kloth, die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß die im Schreiben des Herrn Zuder an den Herrn Bürgermeister und durch persönliche Zusicherungen gegebenen Versprechungen loyal eingehalten würden. Ob letzteres geschehen wird, möchte man fast bezweifeln, denn die geschehenen Einstellungen der Streikenden sind sehr minimal zu nennen, da von circa 279 Streikenden bis zum Montag den 8. Oktober erst 74 wieder eingestellt werden sollten.

Alles in allem genommen hat der Streik in Erlangen eine ganz besonderes sozialpolitische Rückständigkeit der Arbeitgeber gegenüber den bestehenden Forderungen der Arbeiterschaft offenbart und das zur Schau getragene Christentum einiger der Herren scheint nicht soweit zu reichen, um dem Dilemma gerecht zu werden: „Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ Was ein Arbeiter wert ist, wollen die Herren allein bestimmen; die „Freiheit des Christentums“ gilt diesbezüglich nicht für die Arbeiter.

Der unbefriedigende Ausgang der Lohnbewegung in Erlangen hat seinen Grund in der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber, der vorgeschrittenen Saison und der relativ hohen Zahl Arbeitswilliger.

Es wird der emsigen Arbeit aller Verbandsmitglieder bedürfen, gerade in letzterer Beziehung Wandel zu schaffen und die Arbeitswilligen von der Verwerflichkeit ihrer Handlungsweise zu überzeugen, damit die Scharte bald wieder ausgewetzt werden kann.

Eisenach. Das allüberall zutage tretende Bestreben unserer Kollegenchaft, ihre Lebenslage in etwas zu heben, hat auch unsere Kollegen in Eisenach veranlaßt, Schritte zu unternehmen, in diesem löblichen Beginnen nicht hinter anderen Städte zurückzustehen. In Eisenach domiziliert das Kleinmeisterwesen; beschäftigt doch hier jeder Unternehmer nur ein, höchstens zwei Gehülfen. Umso erfreulicher ist es, daß die nachstehend aufgeführten Forderungen bereits von fünf Meistern anerkannt worden sind. Einer derselben hat die 9 stündige Arbeitszeit sofort nach Erhalt unserer Forderungen eingeführt. Die Forderungen lauten:

1. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit ist eine 9 stündige, ausschließlich Pausen.

2. Minimallohne.

- a) Für Gehülfen im 1. u. 2. Jahre nach 3 jähr. Lehrzeit 16,50 Mk., für ältere Gehülfen 20,00 Mk.; b) Lehrling im 1. Halbjahr 6,50 Mk., Lehrling im 2. Halbjahr 7,50 Mk., geübte Arbeiterinnen 9,00 Mk., geübte Maschinenarbeiterinnen (Salzen, Feilen, etc.) 11,50 Mk.; c) Akkordarbeit ist nach dem Tarif zu bezahlen; d) Ueberstunden sind für Gehülfen mit 50 Pf., für Arbeiterinnen mit 25 Pf. zu bezahlen; e) Gesetzliche Feiertage sind zu bezahlen.

Vom 1. Januar 1908 erhöhen sich obige Löhne für Gehülfen um 1 Mark und für Arbeiterinnen um 50 Pfennig.

3. Lehrlingswesen.

Lehrlinge können gehalten werden in Betrieben bis 2 Gehülfen 1 Lehring, bei 3 Gehülfen 2 Lehrlinge u. bis 6 Gehülfen 3 Lehrlinge, im weiteren auf je 5 Gehülfen 1 Lehrling mehr.

Dieser Tarif gilt vom 1. Dezember 1906 bis 1. Oktober 1911.

Schw.-Gmünd. Auch hier in Schw.-Gmünd fangen unsere Kollegen an, sich zu rühren und Anstrengungen zu machen, um bessere Arbeitsverhältnisse zur Einführung zu bringen. Die eigenartige Gmünder Industrie ist im wesentlichen dieselbe wie in Pforzheim. Kann es darum etwas natürlicheres geben, als daß wir uns bemühen, uns auch den etwas besseren Pforzheimer Lohnverhältnissen anzupassen? Die neunstündige Arbeitszeit ist bereits in zwei der größten Werkstaben eingeführt worden und hoffen wir, daß auch die übrigen Forderungen bewilligt werden, ohne daß wir zum Außersten schreiten müssen.

Magdeburg. Auf Grund der am 15. September stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden den hiesigen Prinzipalen folgende Forderungen eingereicht: Es wird gezahlt an Gehülfen im ersten Gehülfsjahre 18 Mk., im zweiten 20 Mk., darüber hinaus 23 Mk.

Arbeiterinnen: Angelernte 6 Mk., nach 4 Wochen 7 Mk., nach 1/2 Jahr 8 Mk., nach 1 Jahr 9 Mk., Maschinenarbeiterinnen 10 Mk. Die Lehrzeit der Maschinenarbeiterinnen darf nicht über 8 Wochen ausgedehnt werden. Akkordarbeiten werden nach Leipziger Tarif bezahlt.

Für Ueberstunden 25 Proz. Aufschlag, nach 9 Uhr 33 1/3 Proz.

Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Std.

Allen, welche vorstehende Minimallohne bereits erhalten, ist eine Zulage von 10 Proz. zu gewähren.

Auf der Tagesordnung der am 6. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung stand nun: „Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung“. Den selben erlartete Kollege Herzberg. Er berichtet zunächst über die Unterredungen, welche er mit den Inhabern der Firmen Baenck und Wohlfeld hatte und meint, daß diese beiden Prinzipale unseren Forderungen sympathisch gegenüberstehen und Verhandlungen in kürzester Zeit statufinden. Ebenfalls sei von der Firma Sperling anzunehmen, daß dort unsere Forderungen nicht auf Widerstand stoßen. Hier käme hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde in Betracht. Weiter berichtet er, daß der Zeitung kein Zirkular zugesandt sei, sondern nur den Geschäften, welche auch wirklich Gehülfen beschäftigen. Die Vorgänge bei unserer letzten Lohnbewegung hätten gezeigt, daß über unsere Forderungen Zimmungsmeister abstimmen, welche nie einen Gehülfen beschäftigen. Dieses solle vermieden werden. Namens der Kommission schlägt Neubauer vor, die Prinzipale, welche bis jetzt nicht geantwortet haben, um Antwort zu ersuchen und dann sollte die Kommission vorstellig werden. An diesen Bericht knüpfte sich eine rege Diskussion. In derselben schlägt Kollege Mancke vor, daß die beiden betreffenden Prinzipale beschäftigten Kollegen selbst vorstellig werden sollen. Dem widerspricht Kollege Sommer; man dürfe dem „Herrn im Hause“ Standpunkt nicht Rechnung tragen. Ebenfalls dagegen wenden sich die Kollegen Herzberg, Richter und Meier. Kollege Maue erwähnt, daß die Firma Krimmling schon Zulagen gewährt habe und die Kommission nicht vorstellig zu werden brauche. Die Kollegen Richter und Böhmke wenden sich dagegen, denn diese Zulagen betreffen nur einige, während die übrigen Kollegen leer ausgehen würden. Herzberg betont, daß die Kommission Wert darauf legen müsse, selbst vom Unternehmer das Einverständnis zu den Forderungen zu erhalten und nicht durch den Mund der dort beschäftigten Kollegen.

Weiter geht er auf das Lehrlingswesen des näheren ein und ersucht die Kollegen, alle die Lohnbewegung betreffenden Wahrnehmungen der Lohnkommission mitzuteilen und diese in ihren Arbeiten zu unterstützen. Da in der Debatte keine gegensteigenden Meinungen zum Ausdruck kamen, so konstatierte der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit den Vorschlägen der Kommission.

Unter Verschiedenem riht Kollege Mancke, daß über die letzte Versammlung kein Bericht in der Buchb.-Ztg. erschienen sei. Wir seien gezwungen, die persönlichen Mitteilungen der Berliner Kollegen in spaltenlangen Berichten entgegenzunehmen. Die fachwissenschaftlichen Abhandlungen seien unterblieben. Diesen Raum beanspruchen die Zänkereien der Berliner. Es sei an der Zeit, daß die Kollegen außerhalb Berlins sich hiergegen wenden. Kollege Herzberg unterzieht ebenfalls die Berliner Verhältnisse, wie auch den jetzigen Inhalt der Zeitung einer scharfen Kritik. Nachdem noch Kollege Bieler für Aufhebung der Extraktsteuer plädierte, wogegen sich jedoch die Kollegen Gueit und Mancke wendeten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am 5. d. M. waren die in Kontobuchfabriken und Linieranstalten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen wiederum versammelt, um die Antwort der Fabrikanten auf den Beschluß der letzten Versammlung entgegen zu nehmen und ihre weitere Stellungnahme zu beschließen. Ein besonderes reges Interesse an den weiteren Verlauf der Dinge konnte erzieulicherweise durch den guten Besuch der Versammlung festgestellt werden. Kollege Klar hatte das Referat übernommen und brachte er darin das Antwortschreiben der Fabrikanten zur Verlesung. In demselben erklären die Fabrikanten, daß sie von ihren gefaßten Beschlüssen nicht zurücktreten könnten, verpflichteten sich aber, nach erfolgter Zustimmung seitens der Arbeitnehmer, über die gemachten Zugeständnisse sofort in die Verhandlungen über den Akkordtarif einzutreten. Ferner erklärten sie, daß die erhöhten Lohnsätze schon in dieser Woche zur Geltung kommen. Kollege Klar empfiehlt im Namen der Tarifkommission, diese Zugeständnisse der Fabrikanten heute endgültig anzunehmen, zumal die Fabrikanten sofort in Beratungen des Akkordtarifs eintreten wollen und damit auch unserem Verlangen (Antrag Kroitor) etwas näher gekommen sind. Die Ausarbeitung des Akkordtarifs bedinge zahlreiche Sitzungen, welche auf Monate hinaus sich nötig machen. Eine wiederholte Ablehnung würde uns kein Schritt weiter bringen. Der von einzelnen Meibern während der Bewegung so viel gerühmten tariflosen Zeit könne er keinen Geschmack abgewinnen. Zweifelloß hat die Tarifgemeinschaft das Gute für sich, daß bei Lohnfestsetzungen auch die Arbeiter mitbestimmend wirken. Und nicht nur diese Tatsache allein ist es, welche die Bedeutung der Tarifgemeinschaften ausmacht, sondern auch auf die Arbeitszeit und die sonstigen Verhältnisse in Betrieben haben die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht. Dieses er-

worbene Recht leichtfertig aus der Hand zu geben, wäre verfehlt. Wenn die Fabrikanten ihr gegebenes Versprechen betreffs des Affordiaris nicht einlösen, so böte sich für uns noch immer Gelegenheit, mit Gegenmaßregeln zu antworten.

Die hierauf erfolgte Abstimmung ergab die Annahme der von den Fabrikanten gemachten Zugeständnisse gegen wenige Stimmen. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, wonach die Tarifkommission den Affordiaris mit den Fabrikanten durchberaten, bezw. festsetzen soll. Eine Neuverhandlung des Ausschusses, wonach bei strittigen Positionen die beteiligten Kollegen gehört werden müssen, fand Zustimmung. Kollege Geheiß wünscht, daß die Tarifkommission bei den Beratungen mit den Prinzipalpartnern für die gemischten Betriebe gleiche Arbeitszeit festlegt.

Unter Branchenangelegenheiten fordert Kollege Lemmer die Anwesenheit auf, in Zukunft mehr Interesse für das Berufsleben zu zeigen. Durch regen Versammlungsbesuch und Mitarbeit an Verbandsfunktionen müsse ein gesünder Geist in unser Berufsleben am Ort gebracht werden. Jeder persönliche Streit und Hader müsse der gemeinsamen Verbandsarbeit weichen. Auch die Kollegen Abfall und Lentzner äußern sich in ähnlichem Sinne.

Kollege Kleeke wirft einen Rückblick auf die Lohnbewegung und ist der Meinung, wenn unsere Wünsche auch nicht alle in Erfüllung gegangen sind, so bedeutet doch die Erhöhung des Minimallohnes einen ganz schönen Erfolg und hoffentlich wird auch das Resultat der Tarifberatung ein zufriedenstellendes sein. Er fordert speziell die Vertrauensleute auf, etwaige Unregelmäßigkeiten in den Betrieben zu melden. Kollege Hanke bemängelt das geringe Interesse, was sich speziell bei der Abstimmung gezeigt habe und bringt die Meinung zum Ausdruck, daß man die Handlungen der Funktionäre einer gewissen Kontrolle unterziehen müsse und ihnen nicht, wie es hier geschehen ist, Generalvollmacht erteile.

Kollege Wagner stellt die Erfolge der Lohnbewegung denen der Buchbinderbranche gegenüber und findet, daß man unter den bestehenden Verhältnissen mit dem Resultat zufrieden sein kann, zumal wir ohne Geldopfer unseren Prinzipalpartnern daselbe abgerungen haben, was die Kollegen in der Buchbinderbranche nach vielwöchigem Kampf erreichten. Im übrigen fürchte er keine Kritik der Arbeiter der Tarifkommission. Soweit dieselbe sachlich geföhrt wird, kann sie nur fördernd wirken. Kollege Klar geht auf einzelne Erscheinungen während der Bewegung ein. Eine friedliche Lösung der Frage sei jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Ein event. Streit hätte unter Umständen den erwünschten Erfolg auch vermischen lassen. Er bebauert, daß bei Lohnbewegungen, die nicht den vollen Erfolg hatten, die Unzufriedenheit der einzelnen Personen sich in Verdächtigungen gegen ihre Führer Luft macht. Hier sei es die Pflicht der besonnenen Mitglieder, solche Angriffe abzuwehren. Dies geschehe vor allem in dem fleißigen Besuch der Versammlungen. Er hofft, daß diese Aufforderung nicht ungehört bleibt.

Plauen i. B. Der Beschluß der Kontobucharbeiterkonferenz in Berlin, in der Kontobuchbranche möglichst gleiche Löhne zu erzielen, hat auch bei den Kollegen der Geschäftsbüchereifabrik F. W. Kaiser-Plauen Weisfall gefunden, weshalb diese Kollegen zu dem Entschluß kamen, ebenfalls Forderungen einzureichen. Dies geschah auch am 26. September. Bis Mittwoch den 3. Oktober erwarteten wir Antwort. Da dieselbe nicht eintraf, beschloß eine am 4. Oktober tagende Werkstättenversammlung einstimmig, die Kündigung einzureichen. Am 5. Oktober wurde Kollege Pfütze-Dresden, vorstellig, wurde aber abgewiesen, da der Chef mit auswärtigen Agitatoren nichts zu tun haben wolle, sondern mit seinen Leuten selbst zu verhandeln wünschte. Die Geschäftskommission, welche darauf vorstellig wurde, erzielte jedoch nichts, weshalb alle Kollegen, 42, die Kündigung einreichten. Der Geschäftsgang ist ein günstiger. Die Firma wird versuchen, Arbeiter von auswärts zu bekommen. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, die Angebote aus Plauen zurückzuweisen und zu Zugzug fernzuhalten. Unsere Forderungen sind so minimal, daß sämtliche Punkte hochgehalten werden müssen.

Undank ist der Welt Lohn.

Wer von unseren Kollegen erinnert sich nicht der verlockenden Inserate, die während der ganzen Dauer der Aussperrung wohl in allen bürgerlichen Presseerzeugnissen prangten. Hohe Löhne! Dauernde Stellen! Schutz vor den Streikenden! Das waren die Schlagwörter, mit denen die rückständigsten Elemente von den bedrängten Unternehmern geföhrt wurden. Und mancher dunkle Ehrenmann, der da glaubte, bei dieser ihm höchst willkommenen Gelegenheit sein Schäfchen ins Trockne bringen zu können, trock auf die Leimrute, nicht bedenkend, daß der Sinn der Unternehmer auch Wandlungen unterworfen ist. Was heute noch als recht und gut angesehen wird, wird morgen vielleicht schon mit der größten Mißachtung beiseite

gelegt. Also erging es auch denjenigen, die sich in unserem Kampf als Verräter an eigenen Fleische entpuppten. Nachdem der langwierige Kampf beendet, wurden die Unternehmer, wenigstens die erdrückende Mehrheit derselben, der Streibreaker aus den verschiedensten Gründen überdrüssig und viele derselben wurden zum Teufel gejagt. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte gehen.

Einer der auf solche Weise um seine Hoffnungen betrogen wurde, schüttete vor kurzem in dem „Leipziger Tageblatt“ sein Herz aus und stimmte eine ergreifende Jeremiade über den Unaband der Unternehmer der heutigen Zeit an. Er schreibt:

Der Anfang und das Ende dieses Streiks wird jedem noch in der Erinnerung sein. Es war ein Kampf auf beiden Seiten, beide Teile waren sätmer geschädigt, die Großbuchbindereibesitzer wie die Gehülfen.

Täglich fand man von ersteren große Inserate in den Tageblättern, durch welche Gehülfen (Nicht-Verbandsmitglieder) gesucht wurden. Die Arbeitswilligen wurden erucht, von auswärts Gehülfen heranzuziehen, indem „hohe Löhne, dauernde Arbeit und Schutz“ versprochen wurde, was ja auch extra durch große Plakatausschläge gesehen war.

So mancher Gehülfe arbeitete, um nicht zu hummeln, sondern so mancher Gehülfe hat Pflichten gegen seine Familie, als Stütze der Eltern usw., denen er nicht hätte nachkommen können, wenn er gestreikt hätte und — welchen Ekel hatte er, sich auf der Straße als Streikposten herumzuführen und sich vom Schutzmännern zur Ordnung mahnen zu lassen.

Die Herren Buchbindereibesitzer, haben sie ihr Versprechen gehalten? Diese Frage muß leider — mit „Nein“ beantwortet werden. In den meisten Großbuchbindereien wurden schon in der ersten Woche diejenigen Gehülfen abgelohnt, welche den Herren Buchbindereibesitzern während des Streiks „treu“ zur Seite gestanden hatten. Teils wurde ihnen, da sie nicht von selbst die Arbeit aufgaben, direkt gekündigt, und sie wurden entlassen.

Eine die Streikenden zum Teil wieder eingestellt wurden, wandten sich die Arbeitswilligen an ihre Faktoren und Geschäftsführer, und hielten Anfrage darüber, wie es denn werden würde, wenn die Streikenden eingestellt würden, worauf ihnen zur Antwort wurde, „das geht ruhig weiter, haben Sie keine Sorge und seien Sie ohne Sorge“.

Leider kam es, wie oben schon geschildert, ja, ein Geschäftsführer ließ sich sogar so weit hinreißen, die Faktoren aufzufordern, ihre Kündigung einzureichen, wenn ihnen seine Bestimmung nicht passen sollte, da ein ganzes Korps hinter ihm stehe.

Die „treuen“ Gehülfen, die anfänglichen jungen Leute, liegen heute auf der Straße, sie sind gemahregelt worden für „treu“ geleistete Dienste, dem Spott und Hohn und der Arbeitslosigkeit preisgegeben und zum Proletariat herabzusinken. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“ Das Ehrenwort, welches auf großen Anschlägen der Deffentlichkeit von seiten der Großbuchbindereibesitzer gegeben wurde, ist — gebrochen worden. Welche Partei ist nun als „Ehrenhaft“ anzusprechen? Wird diese Maßnahme auch von derjenigen gebilligt werden, welche gewissen Personen Titel und Orden verleiht?

Ein derartiges Gebahren ist wohl als ein Schandfleck des zwanzigsten Jahrhunderts zu bezeichnen und gerichtet Deutschland sicher nicht zur Ehre.

So viel bekannt geworden, ist es die Großbuchbinderei Hager, welche ihre „s ä m t l i c h e n“ Arbeitswilligen forsbisähäftigt. Sofort hat sie nach Einstellung von Streikenden in ihren Arbeitsfilen bekanntgegeben, daß jeder, welcher die Arbeitswilligen befristigt, sofort entlassen ist. Und nicht nur dieses, sondern sie hat auch für alle die alten Gehülfen, welche sich nicht dem Streik anschlossen, nach Beendigung des Streiks einen 10tägigen Urlaub und je 30 Mf. Gratifikation gegeben.

Dieser Chef verdient die höchsten Titel und Orden, dieser Mann ist ein „Ehrenmann“ vom Scheitel bis zur Sohle, ein Gentleman im wahren Sinne des Wortes.

Von den Herren Chefs wird von einem Treiben der Sozialdemokratie gesprochen. Wer treibt denn nun eigentlich die jungen Leute der Sozialdemokratie in die Arme? Wer schafft die Unzufriedenheit? Wie wird denn der nächste Buchbinderstreik ausfallen? Rechnen die Herren Großbuchbindereibesitzer und ihre Geschäftsführer dann auch noch auf die Arbeitswilligen? —

Hier wäre es angebracht, wenn sich für diese Leute, welche ihr „Alles“ geopfert haben, ein Komitee bildete, um ihnen in ihrem Fortkommen behülfslich zu sein, oder wenn sich warmherzige Herren dieser Leute annehmen würden. Hier könnte die „Innere Mission“ ein gutes Werk stiften, da gerade diese Leute, doch sicher ihre „Ehrenhaftigkeit“ bewiesen haben.

Einer für alle. Vorstehendes ist wiederum ein Schulbeispiel dafür, daß auch die Unternehmer mit Verrätern nichts zu

tun haben wollen, sondern nur in Zeiten der Not auf diese zurückgreifen. Skatullieren sie doch sehr richtig, daß ein Mensch, der kaltblütig, hohnlächelnd seine Arbeitsbrüder verkauft, bei gelegener Zeit selbst vor der Autorität des Geldsacks nicht zurückdreht und dort in erhöhtem Maße seiner lumpigen Gewinnung nachgeht.

D hütet Euch, zum Streibreaker herabzusinken!

Korrespondenzen.

Chemnitz. Am Sonnabend, den 29. September, hatten wir eine öffentliche Versammlung arrangiert, die hauptsächlich für die Kartonnagen-Arbeiterinnen bestimmt war. Die Tages-Ordnung lautete: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Chemnitzer Kartonnagenbetrieben und wie sind sie zu bessern?“ Als Referentin hatten wir Frau Wackwitz aus Dresden gewonnen. Frau Wackwitz gab den Anwesenden ein klares Bild über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter den Arbeiterinnen, besprach die Lebensmittelpreiserhöhung und die daraus durch Unterernährung entstehenden Krankheiten der Arbeiterinnen (Mehlsucht, Schwindsucht), was hauptsächlich die Statistiken der Drizstranckenassen bewiesen haben. Mednerin streifte dann noch die Heimarbeit und Kinderausbeutung und schloß ihrer wohlbedachten Vortrag mit der Aufforderung, sich dem Verbands anzuschließen, dann werden auch bessere Verhältnisse in Chemnitz eintreten. Die Diskussion war sehr lebhaft. Kollege Merkel führte aus, daß über 300 anlässlich der vorjährigen Lohnbewegung eine Lohnerhöhung bekommen hätten, die Hälfte davon aber nicht organisiert sei. Jedenfalls sei es nicht ehrlich, wenn sich diese von dem Verbands fernhielten. Die Versammlung war im Verhältnis zu der vorausgegangenen Agitation schwach besucht. Einige Aufnahmen waren zu verzeichnen.

Nachen. Am Sonntag den 30. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt, wozu Kollege Groenhoff-Eberfeld erschienen war. Er schilderte in 1 1/2 stündiger Rede Wissen und Zweck des Deutschen Buchbinder-Verbandes, seine Aufgaben, welche vornehmlich darin bestehen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Zu diesem Zwecke forderte er die Anwesenden auf, mitzuwirken und die Indifferenzen aufzuräumen, damit auch diese einsehen, daß der Deutsche Buchbinder-Verband eine Organisation ist, die ihre Rechte wahr und verteidigt.

Am gleichen Tage fanden sich abends die Kollegen sehr zahlreich in den Räumen des Hotels Pringenhot zusammen, galt es doch das Fest des 6 jährigen Bestehens der Zählstelle zu feiern. Voll Stolz kam die hiesige Zählstelle auf diesen Festabend zurückblicken, waren sich doch alle Besucher darin einig, ein so schönes Fest noch selten mitgemacht zu haben.

Zur

Abrechnung vom 2. Quartal 1906.

Wie die vorliegende Abrechnung des 2. Quartals ausweist, zählte der Verband mit Ende des Quartals 11 759 männliche und 9761 weibliche = 21 520 Mitglieder. Gegenüber dem 1. Quartal ist eine Zunahme von 2367 und gegenüber dem 2. Quartal des vorigen Jahres eine solche von 5524 Mitglieder zu verzeichnen.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des 2. Quartals 1391 männliche und 3234 weibliche Berufsangehörige.

Aufnahmegebühren zahlten von den männlichen 924 à 50 Pf. und 298 à 1 Mf. = 760 Mf., 169 hatten freien Eintritt. Von den weiblichen zahlten 3004 à 20 Pf. und 230 à 40 Pf. = 692,80 Mf.

Vn Beiträgen wurden geleistet von den männlichen Mitgliedern 57 922,20 Mf. = 128 716 Wochenbeiträge à 45 Pf., von den weiblichen 17 177 Mf. = 85 885 Wochenbeiträge à 20 Pf. Die Durchschnittsleistung eines männlichen Mitgliedes betrug 11,1 Beiträge = 4,99 Mf. und die eines weiblichen betrug 9,3 Beiträge = 1,96 Mf.

Die für die Ausgeperrten in den 3 Tarifstufen zur Stärkung der Verbandskasse eingeleiteten Sammlungen brachten ein Erträgnis von 25 180,05 Mf. Wie hoch die von den einzelnen Verwaltungen an die Verbandskasse abgeführten Beiträge sind, ist aus der Tabelle, Rubrik „Sonstige Einnahmen“ zu ersehen. An diversen Einnahmen waren noch 224,14 Mf. zu verzeichnen und ergibt sich somit die in dieser Rubrik angegebene Gesamteinnahme von 25 404,19 Mf.

Die gesamten Einnahmen der Zählstellen beliefen sich einschließlichs des aus der Verbandskasse empfangenen Zuschusses in Höhe von 301 183,20 Mf. auf 408 139,39 Mf.

An Arbeitslosenerstützung wurden an 827 Personen für 12 869 Tage 13 191,45 Mf. ausgezahlt.

Zentral-Kranken- u. Berufshilfskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hll'gk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Berlin : : :
Sonnabend, den 20. Oktober 1906
abends 8 1/2 Uhr

Haupt-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
(Saal 8)

Tages-Ordnung:

1. Rassenbericht pro 3. Quartal 1906.
2. Kontrollbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Verschiedene Rassenangelegenheiten.

Die in den Vororten wohnenden Mitglieder werden gebeten, ihre Reizepte tunlichst in Berliner Apotheken anfertigen zu lassen. 660] [2,-

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Regensburg.

Am 27. September verstarb nach kurzen, schweren Leiden unsere liebe Kollegin 668] [1,-

Katharina Meier

im 28. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Berlin

Mitglieder, die über den Aufenthalt der Kollegen Sugo List, geboren 8. 1. 1879 in Prießnitz, und Leon v. Bezorowski, geboren 21. 8. 1876 in Bromberg, Auskunft geben können, werden ersucht, dem Bureau, Engel-Ufer 15 II, Mitteilung zugehen zu lassen. 659] [1,- Die Ortsverwaltung.

In unserem lieben Kollegen Christian Huber bei seiner Abreise von hier ein herzliches Lebewohl!

666] [1,- R. P. S., Götin a. Rh.

Zur Vermählung unseres Kollegen

Karl Haupt

mit Fräulein

Lina Naas

die herzlichsten Glückwünsche!

667] [0,90 Zahlstelle Hanau.

Flotter, solider, ev. Druckerei-

Buchbinder

findet sofort dauernde Stellung bei Carl Bonert, Reesa.Rh.

Gesucht sofort bei hohem Lohn ein tüchtiger Etuis-Arbeiter, der in allen Arbeiten bewandert ist. Beck & Co., Hamburg, Gerhoffsstr. 12.

Pforzheim.

Unlänglich unserer Lohnbewegung sprechen wir hierdurch der Lohnkommission, insbesondere unserem Vertrauensmann, Kollegen Artur Dietrich für die unermüdete Arbeit unserer aufrichtigsten Dank aus. Die org. Kollegen u. Kolleginnen der Etuisbranche. [2,40 658]

Günstig für Anfänger!

Elegante Ladeneinrichtung, fast neu, inkl. Warenbest. und Werkstattanrichtung in Weisfalen, sehr billig abzugeben. Gefl. Angeb. unter F. A. 671 an die Exped. dieser Ztg. erbeten. [2,40

Buchbinderwerkzeuge

zur Bearbeitung u. Verzierung des Buches f. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.

Gesucht Herren,

welche Betrieb hoheleg. Neuh. nebenbei übern. Betr. eignet sich für jederm., auch f. Frauen. Hohe Vergüt. Ausst. kostentl. Herm. Wolf, Zwickau I. S., Nordstr. 38.

Leipzig Restaur. Grenzfänger

Zentralverkehr der Buchbinder. ff. Biere aus der Brauerei Naumann : : hochfeines Apfelselbräu 669] [6,-

Sonnabend, den 13. Oktober

Großes

Riesenrostbratwurstessen

(Nicht Schellenberg'sches Fabrikat) Hierzu ladet freundlichst ein Der Wirt und die Wirtin. NB. 1000 Stutz, Doppeltopf- und Strohmamnkarten stehen zur Verfügung.

Uhren u. Goldwaren

laufen die Kollegen gut und billig

662] bei H. O. Siebscher Leipzig-Neustadt, Alleestraße 16 Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren billig, gewissenhaft und schnell.

Buchbinder-Männerchor Leipzig.

Sonnabend, den 20. Oktober 1906

Grosser Lieder-Abend

im Saale des Volkshauses

unter gütiger Mitwirkung der Opernsängerin

Frau Stephanie Hansen.

Einlass 1/2 8 Uhr.

Beginn 1/2 9 Uhr.

668] [5,- Nachdem Grosser Ball.

Programme im Vorverkauf à 25 Pf. sind bei sämtlichen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Wichtig für Buchbinder!

Günstigste Gelegenheit zur Gründung

: : einer Gratulationskarten-Fabrik : :

Prägeplatten verkaufe ich ca. 80 Prozent unter Anschaffungswert!

Die gesamten Prägeplatten und Stanzen aus dem Konkurs der Gratulationskarten-Fabrik Trips & Ritz, Dresden, sind 665] einzeln zu spottbilligen Preisen zu verkaufen: [19,80

Reissdruck und Relief mit Schnitt . . . 8,- bis 15,- Mk.

2,- ,, 10,- ,,

Gliedwunschierte für Reiss- und Monogrammdruck . . . 1,- ,, 5,- ,,

Ansätze „zum Geburtstag“ usw. . . 50 Pf. ,, 1,50 ,,

Verse für Konfirmations- und Trauerkarten . . . 1,- ,, 6,- ,,

Ca. 2000 Dessins liegen in den Fabrikräumen zur Ansicht aus und kann Besichtigung jederzeit (auch Sonntags) stattfinden. Günstige Konditionen.

A. RITZ, Dresden-A., Fürstenstr. 97.

Nach wie vor

am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler

Leipzig

Seeburgstrasse 47,

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig kostenfrei zugesandt.

Entzückende Neuheit! Nur bei uns zu haben!



In einem Jahre 60 000 Stück verkauft!

Einige von den vielen Anerkennungen: Herr Julius Kötsch in Menau-Ächern i. Baden schreibt: „Der Zauber-Lampenschirm „Alpenglüh“ hat ungemein angeprochen. Es wird um Zufendung von zwei- oder drei Stück gebeten. Betrag von 6,00 Mark liegt in Briefmarken bei.“

Zauber-Lampenschirm Alpenglüh

als Modellervogen. Alpen-Gebirgs-Szene mit vorstehenden erleuchteten Häuschen. Der Schirm ist gemischt präpariert. Sobald die Lampe angezündet ist, bietet sich dem Auge ein wunderbarer Effekt. Die Schneefoppen der Alpen erstrahlen in rötlicher Glut, dem Alpenglüh. Die Fenster der Häuschen leuchten und ein „Ah!“ des Entzückens entschlüpft jedem Munde!

Preis per Stück 60 Pfg. franko

gegen vorherige Einsendung per Postanweisung oder Nachnahme. (Nachnahme 80 Pfg. teurer.)

Wenn sofort kein Bedarf, dann ausschneiden und aufbewahren.

Rehfeld & Backe, Solingen 965

Verstandhaus ersten Ranges.

Herr Paul Stauder in Muzendorf Nr. 14, Kreis Neurede i. Schl. schreibt (per Postanweisung): „Bitte Sie freundlichst, mir 15 Lampenschirme „Alpenglüh“ zum Preise von 9 Mark zu senden. Wir mit meinem Lampenschirm sehr zufrieden. Werde Ihre werthe Firma stets weiter empfehlen.“ [670]



Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter ● ● ● ●



1906.

Verlag: C. Legien, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

An die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich ihrer Gewerkschaftsorganisation noch nicht angeschlossen haben, die abseits stehen von den großen wirtschaftlichen Kämpfen auf dem Gebiet der Arbeit, ergeht heute der Ruf, einzutreten in unsere Reihen und ihren Arbeitsbrüdern und Arbeitschwestern das Ringen um menschenwürdigeren Daseinsbedingungen erleichtern zu helfen. Ein und eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute schon der gewerkschaftlichen Organisation beigetreten, ein ansehnliches Heer, das für die Rechte der unterdrückten Arbeit zu kämpfen versteht. Aber um das Mehrfache größer ist die Zahl der Unorganisierten, die den Ernst der Zeit und die vornehmste Pflicht ihres Standes noch nicht begriffen haben, selbst nicht in der Epoche der frivolen Niesenaussperrungen, in denen das Unternehmertum seine Berserkerwut austobt, im Zeitalter des **Massenkrieges**, der unterschiedslos Hunderttausende von Arbeiterfamilien in Mitleidenschaft zieht.

Die Drohung des **Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller**, der in seinen Betrieben 320 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, zunächst 70% der Arbeiter auszusperrn, dann aber, wenn diese Maßnahme weitere Arbeitseinstellungen nach sich zieht, bis zur **Vollausperrung** vorzugehen, sollte allen Arbeitern die Augen öffnen über die Kampfpläne des Unternehmertums, müßte allen zeigen, was ihrer harret! Diesmal konnte der Niesenkampf noch mit knapper Not verhindert werden, aber daß schon die allernächste Zukunft uns **wirkliche Niesenkämpfe** bringen wird, daran ist gar nicht zu zweifeln. Hinter dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller steht der

Verein deutscher Arbeitgeberverbände,

dem der **Bund der Industriellen**, der Verband sächsischer Industriellen, der Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk, die Vereinigung schleswiger Arbeitgeberverbände, der Verein der Industriellen Pommerns, der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, die Arbeitgeberverbände Augsburg, Bromberg, Bielefeld, Glensburg, Forst, Hamburg-Altona, ferner die Industriellenverbände der Brauereien Rheinland-Westfalens, der Berg- und Hüttenwerke des Aachener Bezirks, der deutschen Flaschenfabriken, der ostdeutschen Holzindustrie, der deutschen Schiffswerften, der deutschen Tonindustrie, der Erzeugung feuerfester Produkte, der Dachpappenfabrikation usw. angehören. Hinter jenem Arbeitgeberverband steht ferner die

Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitseinstellungen,

deren Zweck es ist, die in Streiks und Aussperrungen engagierten Arbeitgeber durch Entschädigung etwaiger Verluste in ihrem Widerstand zu kräftigen.

Und zur Seite steht dieser Kampforganisation von Arbeitgebern ein **weit mächtigerer Bundesgenosse**, die

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände,

deren Seele der einflußreiche **Centralverband deutscher Industrieller** ist. Diese Hauptstelle ist zu dem Zwecke ins Leben gerufen, der Arbeiterschaft ihren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen möglichst zu **erschweren** und den im Kampfe befindlichen Arbeitgeber, gleichviel, ob es sich um Streik oder Aussperrung handele, jede mögliche Hilfe durch Beschaffung und Schutz von Arbeitswilligen, Ausschluß der Streikenden und Aussperrten von jeder Arbeitsgelegenheit, Sammlung von Geldmitteln und dergl. zu gewähren. Die Hauptstelle umfaßt die bedeutendsten Industriellenverbände der Berg- und Hütten-, Grobeisen-, Maschinen-, Textil-, Papier-, chemischen, Nahrungsmittel- und anderer Industrien, zahlreiche örtliche Arbeitgeberverbände, Handelskammern, Berufsgenossenschaften usw. Sie steht mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände in einem **Kampfkartell** zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe bei Arbeitskämpfen. Diese gegenseitige Unterstützung soll bestehen im gemeinsamen **Schutz der Arbeitswilligen**, in der Durchführung der **Streikklausel**, wonach zugunsten kämpfender Arbeitgeber auf die Innehaltung der Lieferfrist bei Aufträgen verzichtet wird, im gemeinsamen Rechtsschutz, im Austausch aller auf Kämpfe usw. bezüglichen Nachrichten und in der gemeinsamen Hilfe bei unberechtigten Streiks und Boykotts. Darüber, was als **unberechtigt** zu erachten ist, entscheiden natürlich die Centralstellen der Arbeitgeberverbände völlig selbstherrlich. Dieses Kartellbündnis trat bereits in Funktion bei der jüngsten Formerbewegung, die zur Aussperrung von 320 000 Arbeitern führen sollte. Es war also die gesamte Macht des organisierten Unternehmertums mobilisiert, um den Arbeitern eine **Entscheidungsschlacht** zu liefern. Dank dem strategischen Geschick der kämpfenden Gewerkschaft war **der Liebe Mühe umsonst!** Aber das hat die Scharfmacherverbände nicht in ihren **weiteren Kampfvorbereitungen** aufgehalten, und so ist denn am 23. Juni d. J. das längst geplante Werk einer **Streikversicherung der Hauptstelle** zustande gekommen. Die neue, unter geschäftlicher Führung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände stehende Gründung nennt sich

Schutzverband gegen Streikschäden.

Sie will den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter“ Forderungen und „unberechtigten“ Vorgehens der Arbeiterschaft vollen Schutz gewähren, sobald die Abwehr im **allgemeinen** Interesse der Unternehmer liegt, ohne in Kämpfe rein lokaler Bedeutung einzugreifen, deren Unterstützung vielmehr dem betroffenen Arbeitgeberverbände bzw. den zu größerer finanzieller Wirksamkeit zusammengeschlossenen Verbänden überlassen bleiben soll. Es handelt sich also bei dieser Neugründung um eine **Streikversicherung großen Stils**, die ihre Spitze richtet gegen die Gesamtheit ganzer Arbeiterberufe, bzw. gegen die **gesamte Arbeiterschaft**. Noch befindet sich das neue Schutzbündnis in den ersten Anfängen. 53 Orts- und Bezirksverbände von Unternehmerorganisationen, die insgesamt 285 000 Arbeiter beschäftigen, sind ihm erst angeschlossen. Auch muß sich das Wirken einer solchen Streikversicherung der Unternehmer erst erproben, ehe die Arbeiterschaft Grund hat, diese Kampfmittel der Arbeitgeber ernsthaft in Rechnung zu ziehen. Solche Rüstungen sind aber für die Arbeiter

eine ernste Mahnung

auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen, denn hinter diesen Kriegsvorbereitungen der Scharfmacher steht die unbekennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter, und damit jeden Widerstand der letzteren, zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein

wenig frommer Wunsch, zu dessen Durchführung den Scharfmachern die Macht fehlt. Sieht die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampfrüstungen ihrer Gegner aber tatlos zu und verharren die Millionen, die zwar unorganisiert, aber darum nicht weniger in ihrer Existenz bedroht sind, weiter in ihrer trägen Teilnahmslosigkeit, dann erwächst uns in den Unternehmerorganisationen eine Macht, die dem Kampf unserer Gewerkschaften für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein ernstes Hindernis bereitet. Dahin darf es nicht kommen in einer Zeit, in der schon der bloße Stillstand der Lohnverhältnisse angesichts der durch Bodenwucher und Zollgesetzgebung verursachten

allgemeinen Steigerung der Haushaltskosten

einem Rückschritte gleichkommt. Notwendiger denn je bedarf die Arbeiterklasse der

gewerkschaftlichen Organisation

zur Verteidigung ihrer Wirtschaftslage, und sie müßte ins Leben gerufen werden, wenn sie nicht schon vorhanden wäre. Sie ist jedoch vorhanden und kann auf eine Geschichte erfolgreichen Wirkens zurückblicken, sie ist daher die **vernünftigste Vertretung der Arbeiterschaft** in ihrer Stellung gegenüber dem Unternehmertum und es ist die dringendste Pflicht aller Arbeitsgenossen, in dem entscheidenden Momente, da das Scharfmachertum sich anschickt, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, einzutreten in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, mitzukämpfen zur Abwehr der volksfeindlichen Aktionen der Unternehmerverbände.

Niemals war das Unternehmertum so **Kriegsklüftern** wie jetzt, niemals so rasch bereit, die Arbeiter durch Massenausperrungen zu brutalisieren, wie seit den Tagen der Centralisierung seiner Kampfeskraften.

Die **Ausperrungspläne** der verschiedensten Systeme, nach Melais, nach dem **M-B-C**, nach **Alterstufen** usw., bekunden ein Maß von Fribolität, das keinerlei Rücksichtnahme auf das Wohl von Hunderttausenden kennt gegenüber der kaltblütigen Verfolgung des kapitalistischen Interessen- und Herrschaftsstandpunktes. Wie der nordamerikanische **Fleischtrust** unbekümmert die Gesundheit von Millionen seinem Profit opferte, wie das deutsche **Zuckerturn** seine Lebensmittelzölle ohne Scheu vor den unausbleiblichen Folgen der Verkümmerng der Volksernährung durchsetzte, so tritt auch der durch den Widerstand des Proletariats wildgewordene Kapitalismus jedes moralische Gebot mit Füßen, um völlig freie Bahn für seine Massenausbeutung zu schaffen.

Niederwerfung aller Arbeiterausstände

war der Bedruf für die Organisation aller Arbeitgeber.

„Nieder mit allen unberechtigten Arbeiterforderungen“

Klingt es den Arbeitern allerorts entgegen, wenn sie als Ausgleich für die künstlich gesteigerten Lebenshaltungskosten einen höheren Lohn fordern, wenn sie Anteil haben wollen an den enormen Gewinnen der für das Unternehmertum günstigen Konjunktur.

„Nieder mit jeder Arbeiterorganisation!“

Das ist die uneingestandene, aber offensichtliche Parole des Scharfmachertums, weshalb es jede Verhandlung mit Gewerkschaftsleitern, jede Anerkennung derselben als Vertretung der Arbeiterschaft, jede Vertragsschließung mit Gewerkschaften ablehnt. Den Arbeiter seiner natürlichen Vertretung, seines Rückhaltes an der Organisation berauben, ihn als Einzelnen zum willenlosen Werkzeug, zum ohnmächtigen Lohnsklaven

gegenüber den übermächtigen Arbeitsherrn herabdrücken, ist das Ziel dieser Arbeitgeberattik. Es hieße die ganze Geschichte jahrzehntelanger Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital hinweglöschen, wollte sich die Arbeiterklasse auf dieses Niveau der Rechtlosigkeit zurückdrängen lassen. Aber die Arbeiter wollen nicht umsonst gekämpft und gelitten, nicht umsonst die Schrecken des Ausnahmegesetzes überstanden, nicht umsonst die Bestrebungen ihrer Gegner nach Umsturz- und Zuchthausgesetzen zunichte gemacht haben. In diesem jahrzehntelangen Ringen hat sich die Arbeiterklasse eine Millionenorganisation und dadurch eine achtunggebietende Position geschaffen, die sie nicht der Willkür der organisierten Arbeitgeber preisgeben will. Die Arbeiter werden zu ihren Gewerkschaften und deren Errungenschaften stehen und dieselben bis zum Äußersten zu **verteidigen** wissen.

Die Bestrebungen des Unternehmertums, die Arbeiterorganisation zu vernichten, sind älter als die meisten der heutigen Unternehmerverbände. Sie fanden früher ihren Ausdruck in der Forderung nach **gesetzlicher Unterdrückung** der Gewerkschaften und ihrer Streiks. Es waren liberale Arbeitgeberkreise, von denen 1872 die Anregungen zur **Einschränkung des Koalitionsrechts** und zur **Bestrafung des Kontraktbruches der Arbeiter** ausgingen. In diesen Kreisen fand auch das spätere **Sozialistengesetz**, das die damaligen Arbeiterorganisationen mit einem Schlage vernichtete, seine festeste Stütze. Als aber dieses Gesetz fiel, nachdem es sich als unwirksam erwiesen hatte, die Arbeiter dauernd zu knebeln, da schlossen sich die Arbeitgeber selbst zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung zusammen. Ihre damals noch im Dienste der Zoll- und Interessenpolitik aufgehenden Wirtschaftsverbände wurden mehr und mehr zu **Kampforganisationen gegen die Arbeitergewerkschaften** entwickelt. Die ersten Anregungen gingen von einzelnen Städten mit starkentwickelter Arbeiterbewegung (Hamburg-Altona, Berlin, Braunschweig) aus. In der Ausschussitzung des **Centralverbandes deutscher Industrieller** vom 22. und 23. Mai 1890 wies der Geschäftsführer **Bueck** auf diese Organisationsbestrebungen hin und der Fabrikdirektor **Nickel-Sarburg** empfahl damals schon einen **systematischen Ausbau** und die **einheitliche Zusammenfassung dieser Arbeitgeberverbände**. Die Anregung wurde dem Direktorium des Centralverbandes zur weiteren Erwägung überwiesen. Damals hoffte das Unternehmertum aber noch immer auf eine gesetzliche Unterdrückung der Arbeiterbewegung; es konnte sich an den Gedanken eines völligen Bruches mit dem System Bismarck nicht gewöhnen. Die Regierung hat es ja auch an dahinzielenden Versuchen nicht fehlen lassen, aber sie hatte damit bei den Mehrheitsparteien des Reichstags keinen Erfolg. Ihre Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung und ihre Umsturzvorlage wurden abgelehnt. Nicht besser erging es der preußischen Regierung mit dem Bestreben, das Vereinsgesetz zu verschlechtern.

Die stark einsetzende Streikbewegung beim Eintritt der Hochkonjunktur 1895 gab den Industriellenverbändlern abermals Anlaß, den **Zusammen-schluß der Industrie** zu Klassenkampforganisationen zu propagieren. In der Delegiertenversammlung vom 3. Juli 1896 erinnerte Bueck an die sechs Jahre vorher ergangene Anregung des Direktors Nickel und wies auf die bedeutenden Lohnkämpfe der Arbeiter und auf die großen Summen hin, welche angeblich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verfügung ständen, dabei lebhaft bedauernd, daß eine solche Opferwilligkeit in den Kreisen der Industrie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, völlig fehle.

Es blieb auch damals noch bei der Anregung, denn ein mächtigerer Einfluß schien den Arbeitgebern die Kosten der gemeinsamen Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ersparen zu wollen. Am 17. Juni 1897 kündigte der Kaiser zu Bielefeld ein Regierungsprogramm an, in dem er die rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und „**die schwerste Strafe für den, der sich unterstehe, seinen Nebenmenschen, der arbeiten wolle, an freiwilliger Arbeit zu hindern,**“ verhiess. Und am 7. September 1898 bekräftigte er diese Ankündigung in einem Ertrinkungspruch zu Deunhausen durch die Mitteilung, daß ein Gesetz seiner Vollendung nahe sei, wonach jeder, „**er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll**“.

Der Ankündigung folgte der Gesetzentwurf im Sommer 1899, der unter dem Namen „**Zuchthausvorlage**“ für alle Zeiten bekannt geworden ist. Sein Dasein war ein sehr kurzes — sein Ende ein bezeichnendes, aber wohlverdientes: er wurde unter stürmischer Heiterkeit und Händeklatschen des Reichstags in zweiter Lesung am 20. November 1899 abgelehnt. Tags zuvor hatte der **Centralverband deutscher Industrieller** noch einmal einen krampfhaften Versuch unternommen, zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung von dem Gesetzentwurf zu retten, was möglich war. In einer großen Mitgliederversammlung zu Berlin nahm er eine Resolution an, in welcher er der dem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Absicht, jede mißbräuchliche Ausnützung des Koalitionsrechts zu hindern und unter Strafe zu stellen, beipflichtete und den Entwurf als **geeignete Grundlage** für eine dahingehende gesetzliche Regelung empfahl. Obwohl Herr v. Stumm im Reichstage auf diese Resolution verwies, vermochte sie das Schicksal des Entwurfs nicht zu ändern. Unter heißen Tränen der Wut der Scharfmacher verschwand das Zuchthausgesetz im Orkus. Der Schmerz war um so größer, als der Centralverband wenige Monate vorher selbst **12 000 Mk.** für die Propaganda dieses Gesetzentwurfes der Regierung zur Verfügung gestellt hatte und damit am deutlichsten dokumentierte, daß er dieses Gesetz als **seinen Interessen** entsprechend anerkannte. Höher verstieg sich **damals** die Opferwilligkeit des industriellen Scharfmachertums nicht. Heute ist ihm der hundertfache Betrag jener Summe nicht zu hoch, bei seinem Bestreben, mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden.

Nachdem die Hoffnung auf eine staatliche Vernichtung der Arbeiterbewegung getäuscht war, waren die Scharfmacher mehr denn je darauf bedacht, die eigene Organisation der Unternehmer zu stärken und den Kampf gegen die Gewerkschaften systematischer zu gestalten. Mit der Aussperrung von 6000 Hamburger Werftarbeitern im Sommer des Jahres 1900, die herbeigeführt wurde, weil die Arbeiter einen Pfennig Lohnerhöhung forderten, begann die **Aera der großen Massenaus-sperrungen**, in welcher wiederum der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband die führende Rolle übernahm. Die mit dem Jahre 1901 einsetzende Periode des wirtschaftlichen Niederganges bot der organisierten Industrie häufig Gelegenheit, diese Aussperrungstaktik ungestraft weiter zu üben. Die Werftindustriellen an der Unterweser, die mit dem Norddeutschen Lloyd unter einer Decke stecken, erdreisteten sich sogar, bei Strafe der Entlassung den Austritt ihrer Arbeiter aus der Verbandsorganisation zu fordern und denjenigen, welche Wert auf Weiterbeschäftigung legten, die Verbandsbücher abzunehmen.

Aber weder diese Repressalien, noch die systematische Aussperrungstaktik vermochten die weitere Entwicklung und den Erfolg der Gewerk-

schaften aufzuhalten. Von 680 000 Mitgliedern im Jahre 1900 stieg ihre Mitgliederzahl bis zum Wiedereintritt des Wirtschaftsaufschwunges 1904 auf 1 052 000 und ihr Klassenvermögen wuchs in dieser Zeit von $7\frac{3}{4}$ Millionen auf 16,1 Millionen Mark.

Diese trotz ungünstiger Wirtschaftskonjunktur und trotz zahlreicher aufgezwungener Kämpfe bedeutenden Umfangs sich fortsetzende kraftvolle Entwicklung der Gewerkschaften hätte die Unternehmer erkennen lassen müssen, daß gegen solches Leben kein Kraut gewachsen ist. Ungemach ist ja einem Teil der Arbeitgeber diese Einsicht gekommen, vielleicht weniger aus dem äußeren Wachstum der Gewerkschaften, als vielmehr aus ihrem zähen und zumeist erfolgreichen Drängen nach kürzerer Arbeitszeit und besserer Bezahlung der Arbeitskraft und aus den bedeutenden Opfern, die die Streikbewegung und vor allem auch der Aussperrungskrieg vielen Unternehmern verursacht. Ein nicht geringer Teil der Arbeitgeber neigt daher schon seit Jahren der Ansicht zu, daß es vorteilhafter sei, die Gewerkschaften als die **korporativen Vertretungen der Arbeiter anzuerkennen**, mit ihnen auf der Basis von **Macht zu Macht zu verhandeln** und den gewerblichen Frieden durch **vertragsmäßige Festlegung der Arbeitsbedingungen** auf eine Reihe von Jahren hinaus zu sichern. Wie sehr dieser Teil des Arbeitgebertums im Wachsen begriffen ist, bewies die vielseitige Zustimmung, die die „**Deutsche Arbeitgeber-Zeitung**“, das offizielle Organ der Arbeitgeberverbände, mit ihrem Vorschlag der Anerkennung der Gewerkschaften als vertragsfähige Macht fand. Freilich darf man sich nicht verhehlen, daß diesem Zugeständnis nichts weniger als friedliche Gesinnung gegen die Arbeiterschaft zugrunde lag und es keineswegs die edle Absicht ausschließt, eines Tages mit der ganzen konzentrierten Macht der Arbeitgeberorganisation über die als Vertragskontrahent anerkannte Gewerkschaft herzufallen, wenn die Situation dazu günstig erscheint. Der gegenwärtige Tarifbruch der deutschen **Buchbindereibesitzer** und der darauf inszenierte unverhüllte Vernichtungskampf gegen den Buchbinderverband bietet ein schlagendes Beispiel dafür, was von der Friedensliebe solcher tariffreundlichen Arbeitgeber zu halten ist.

Die tonangebenden Kreise des **Centralverbandes deutscher Industrieller**, die Buedt, Leidig, Beumer und Kirrdorf sind aber selbst von dieser Anerkennung der Gewerkschaften weit entfernt. Sie haben die Vorschläge der Arbeitgeber-Zeitung in der schärfsten Form zurückgewiesen und es als verfehlt erklärt, den Gewerkschaften auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Sie, die selbst für die Organisation ihrer Klassengenossen unausgesetzt tätig sind, die der Organisation ihren vorherrschenden Einfluß auf das Unternehmertum verdanken, verweigern den **Arbeitern** die Anerkennung des Rechtes auf **Organisation**, — sie, die selbst als Organe der Unternehmerverbände auftreten und handeln, wollen mit Organisationen der **Arbeiter** nichts zu tun haben. Sie sind **gewerkschaftsfeindlich aus Prinzip**, — nicht bloß gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften, weil diese sozialdemokratisch seien, sondern gegen jede Art von Gewerkschaften, die auch nur den leichesten Versuch machen, den Forderungen der Arbeiter durch Kämpfe Nachdruck zu leihen. „Ich lehne es auch ab, mit **christlichen Gewerkschaften** zu verhandeln“, erklärt Herr **Kirrdorf** auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, „denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch **viel gefährlicher**, als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften wenigstens offen sagen, wohin der Weg geht, kämpfen die christlichen Gewerkschaften

unter falscher Flagge; sie kämpfen unter dem Deckmantel des **Christentums.**“ Diese scharfe Absage an die christlichen Gewerkschaften bestätigt uns, daß das Scharfmachertum der Großindustriellen jede Art von Arbeiterorganisation mit gleichem Hasse verfolgt, mag sie sich sozialdemokratisch, christlich oder freisinnig oder national nennen; sie beweist uns, daß es das Prinzip der **Arbeiterorganisation** selbst, die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen ist, die dem Unternehmertum ein Greuel ist. Für das Scharfmachertum gibt es nur **eine** Arbeiterorganisation, die es in **jedem** Falle bekämpft. Würden alle Arbeiterkreise von dem gleichen Massenempfinden befeelt sein wie die Unternehmerorganisation, so hätte die Arbeiterzer splitterung längst ihr Ende erreicht.

Die Führer des industriellen Unternehmertums sind aber nicht bloß aus Prinzip gewerkschaftsfeindlich, sondern auch **Gegner aller Tarifverträge.** Das wäre an sich nicht verwunderlich, denn wer es ablehnt, mit Arbeiterorganisationen zu verhandeln, der kann logischerweise auch keinen Tarifvertrag, welcher ja ohne Verhandlung zwischen geordneten Vertretungen auf paritätischer Grundlage nicht zustande kommen kann, anerkennen. Es ist aber nützlich festzustellen, daß der Centralverband deutscher Industrieller seinen ablehnenden Standpunkt gegen Tarifverträge auch noch durch eine besondere **Rundgebung** offiziell festgelegt hat. Am 5. Mai 1905 beschloß derselbe als Protest gegen eine empfehlende Würdigung der Tarifvereinbarungen in den Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten folgende Resolution:

„Der Centralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung durchaus **gefährlich.** — Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung seines Unternehmens notwendige Freiheit der Entschliebung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation zwingen. — Die Tarifverträge sind darüber hinaus nach Ueberzeugung des Centralverbandes, die durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt wird, schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschrittes der deutschen Industrie.

Aus diesen Gründen bedauert der Centralverband insbesondere auch die Entschliebung der kgl. bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet.“

Während also das Bestreben der Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen durch friedliche Vereinbarungen mit den Arbeitgeberorganisationen zu regeln und die für Unternehmer und Arbeiter gleich folgenschweren Lohnkämpfe zu vermeiden, den vollen Beifall der bayerischen Staatsregierung findet, erklärt die einflußreichste Vertretung des großindustriellen Unternehmertums sich als Tarifgegner aus Prinzip.

Noch entragierter trat der Syndikus der Saarbrückener Handelskammer und Führer der saarabischen Großindustriellen, **Dr. Alex. Tille,** gegen die Tarifgemeinschaften auf. Dr. Tille spielte sich noch vor etwa 1 1/2 Jahrzehnten unter der jüngeren Gelehrtenwelt als ein äußerst **radikaler** Sozialpolitiker auf, der in der Vertretung einer Art von **aristokratischem** Sozialismus ebenso rücksichtslos gegen die **erbkapitalistische** Gesellschaftsordnung, wie gegen die **erbliche** Monarchie zu Felde zog und der Volksmehrheit ohne weiteres das Recht zuerkannte, seine **angestammten Fürsten** mit Gewalt aus dem Lande zu jagen. Sein

1893 anonym erschienenenes Werk „**Volksdienst**“ („Von einem Sozialaristokraten“) zeichnete sich durch eine groteske Wiederkäuung unverdauter Lehren eines Darwin, Hückel u. a. moderner Naturforscher und durch eine geradezu kläglich-absurde Auffassung und Bekämpfung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus aus. Schon damals spukte aber bei Lilla die krankhafte Sucht der Verherrlichung des schrankenlosen Wettbewerbs, bei dem ihm die **Akkordarbeit** als schönster Ausgleich zwischen Selbsttrieb und sittlicher Ueberzeugung galt, die Rücksicht auf den wirtschaftlich Schwachen als Humanitätsbuselei und Mitleidsmoral verhöhnt und selbst in der höheren **Kindersterblichkeit** von ihm noch ein bedeutungsvoller Ausleseprozeß erblickt wurde. Man sieht, der Mann, der heute die Moral für einen plumpen Schwindel erklärt und den Kampf gegen die **Moralinsuche** predigt, hat sich in seinen verworrenen Grundanschauungen wenig geändert. Nur in einem Punkte fand er es für vorteilhafter, sich zu mausern, indem er den „Volksdienst“ mit dem **Serrendienst**, mit der Stellung eines Generalsekretärs eben im Dienste des vorher so scharf befehdenen „**Erbkapitalismus**“ vertauschte. Dazwischen liegen freilich die „**Flegeljahre**“, eine Schrift, die er veröffentlichte („Aus Englands Flegeljahren“ 1901), nachdem ihm die Glasgower Studentenschaft wegen eines Artikels über den Burenkrieg beinahe ein unfreiwilliges Bad bereitet hätte, und in welcher er die englischen Gewerkvereine der Führung eines Kampfes „gegen ihren **Brotquell**, die Unternehmer“, mit allen Mitteln der Heimtücke, Hinterlist und Gewalt bezichtigte, England als einen „**Schattenstaat**“ kennzeichnete, weil es Jahrzehnte lang diese Untaten geduldet habe und die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkevereinsführer und die Schiedsgerichte als den vollendetsten **wirtschaftlichen Unsinn** verhöhnte. Es kann nicht wundernehmen, daß der Centralverband deutscher Industrieller bemüht war, diese „wissenschaftliche Kapazität“ für seinen Dienst zu gewinnen, und noch im selben Jahr finden wir Dr. Lilla als neuen Generalsekretär dieses Scharfmacherverbandes. Wenige Jahre später fiel ihm die „geistige Führerschaft“ im Königreiche Stumm zu, wo er, der einstige „Sozialaristokrat“ und „Feind des Erbkapitalismus“, völlig in seinem Element war. Dieser Unternehmervertreter hat jetzt der **Tarifgemeinschaft in aller Form den Krieg erklärt**, indem er die Vorstände der wirtschaftlichen Vereine und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie veranlaßte, gegen den Buchdruckertarif Stellung zu nehmen. Durch Rundschreiben wurden die Unternehmer aufgefordert, ihre Druckarbeiten nur an **tariffreie** Druckereien zu vergeben, wobei ein Verzeichnis der tariffreien Druckereien Südwestdeutschlands versendet, und der Kampf gegen die „**Tariffnechtschaft**“ für die Arbeitgeberverbände der gesamten deutschen Industrie proklamiert wurde. Der Ueber-Scharfmacher hat freilich mit seinem Feldzug gegen das zur Nachahmung reizende gute Beispiel der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft wenig Glück gehabt. Von der kapitalistischen Presse sekundierte ihm nur die vom Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgehaltene „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ und schließlich ließ ihn selbst ein Teil der Saarindustriellen im Stich, als der Streik auf der Burbacher Hütte ihnen zeigte, daß sogar im Saarrevier ein Regime nach den Theorien Lilles geeignet ist, die schwersten Katastrophen heraufzubeschwören. Trotz dieses verunglückten Kampfes gegen die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft sind die maßgebenden Kreise der Unternehmerorganisation nach wie vor tariffindlich und sie werden auch in Zukunft sich jedem Fortschritt auf diesem Gebiete nach Kräften entgegenstemmen.

Wie die Unternehmerverbände prinzipielle Gegner der Gewerkschaften und Tarifverträge sind, so ist ihnen auch jeder **gesetzliche Arbeiterschutz** von Grund aus verhaßt. Zahllos sind ihre Klagen gegen die gesetzliche Arbeitszeitregulierung, gegen den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kinder. Dem mächtigen Einflusse des Centralverbandes deutscher Industrieller in erster Linie ist es zuzuschreiben, daß die Reichsregierung sich weigert, den **gesetzlichen Zehnstundentag**, auch nur für die Frauen, einzuführen. Obwohl der Zehnstundentag in der Mehrzahl der deutschen Fabriken bereits durchgeführt ist und seine günstigen Wirkungen nicht bloß von den Fabrikinspektoren, sondern selbst von zahlreichen Arbeitgebern rühmend hervorgehoben werden, halten die leitenden Kreise der Großindustrie aus Prinzip daran fest, daß die Regelung des inneren Betriebes nicht Aufgabe des Staates, sondern einzig des Betriebsunternehmers sein dürfe, der „**Herr in seinem Hause**“ bleiben müsse. Dieser Widerstand gegen den zeitgemäßen Fortschritt der Arbeitszeitverkürzung war es, der den großen Kampf von **Crimmitschau** herbeiführte, der zugleich die kapitalistische Aussperrungstaktik in ihrer ganzen Brutalität kennzeichnete und die Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse zu den höchsten Leistungen anspornte. Für das Unternehmertum wurde dieser Kampf der Ausgangspunkt der Zusammenschlußbestrebungen, die mit der Gründung der beiden Arbeitgebercentralen und der beiden Streikversicherungsverbände, die wir bereits eingangs erwähnten, ihren Abschluß fanden. Auch der **große Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier** ist in seinen letzten Ursachen auf die brüste Ablehnung einer der schweren Bergwerksarbeit angemessenen Arbeitszeitregelung (der Achtschicht einschl. Ein- und Ausfahrt) und auf die mangelnde Initiative der Gesetzgebung zurückzuführen. Während des Crimmitschauer Kampfes stellte sich die Regierung noch auf die Seite des Unternehmertums, beim Ruhrkohlenstreik war die öffentliche Meinung bereits stark genug, der Regierung ein Eingreifen zugunsten der Arbeiter aufzudrängen.

Aus beiden Kämpfen hat das Scharfmachertum nichts gelernt. Im Januar dieses Jahres verfügte der preussische Eisenbahnminister v. Budde die Einführung des **Neunstundentages** in den Eisenbahnwerkstätten. Darob große Entrüstung im Lager der maßgeblichen Scharfmacherkreise, vielleicht weniger wegen des Neunstundentages selbst, der bereits in einer großen Anzahl von Privatbetrieben der Maschinenbaubranche eingeführt ist, als vielmehr deshalb, daß die Regierung den Arbeitern einen sozialpolitischen Fortschritt zugesteht, ohne vorher die „Industrie“ um ihre **Einwilligung** zu befragen. Der **Verein deutscher Maschinenbauanstalten** nahm in einer Sitzung vom 7. Februar d. J. zu der erwähnten Verfügung Stellung und beschloß, dagegen beim Minister vorstellig zu werden. Die „**Metallarb.-Ztg.**“ hat sich das Verdienst erworben, das Protokoll dieser Sitzung weiteren Kreisen zur Kenntnis gebracht zu haben. Da plaudert der Direktor Majert in harmlosester Weise aus, wie es einem staatlichen Beamten, Vorsteher einer Eisenbahnwerkstätte, der beauftragt war, sich gutachtlich über die voraussichtliche Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Industrie des Ortes zu äußern, gar nicht unlieb sei, berichten zu können, daß die umwohnenden Industriellen von der Absicht der Staatsregierung keineswegs erbaut seien. Den Berliner Fabrikanten Flohr, der auf die überwiegende Einführung des Neunstundentages in der Berliner Industrie hinwies und sich auf die Empfehlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller berief, in Rücksicht auf die Berliner Arbeitsverhältnisse dem Neunstundentag zuzustimmen, fertigte man mit der kategorischen Erwiderung ab, daß,

wenn man den Neunstundentag konzediere, eine Menge von Werken zur **achtstündigen Schicht** übergehen müsse und daß, da die Leute nicht ohne Unterbrechung 8 Stunden arbeiten könnten, man noch unter die 8 Stunden herabgehen müsse. Charakteristisch war der dringende Rat des Herrn **Beumer**, von diesen Verhandlungen **ja nichts in die Presse kommen zu lassen**, da man sonst dem Minister den Rückzug erschwere. „Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen — es wird sich auch um die Festlegung des **Protokolls** handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, **veröffentlichen** wollen —, dann werden Sie einen **großen Sturm in der Oeffentlichkeit heraufbeschwören**, der nachher dem Minister die Verhandlung mit Ihnen und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht.“

Die Furcht der Scharfmacher vor der **Oeffentlichkeit** hat zweifellos ihre guten Gründe. Die Herren empfinden selbst, wie **vollksfeindlich** ihr Einfluß ist, und wie sehr die Regierung sich desselben vor der Oeffentlichkeit zu **schämen** hat. Gaben doch die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die Arbeitszeit in den staatlichen Marinebetrieben gezeigt, wie sehr das Deutsche Reich hinter den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien, ja selbst hinter Norwegen und Spanien zurückgeblieben ist. Die hinterlistigen Meuchelpläne der Scharfmacher gegen den **Neunstundentag** beweisen in der Tat, daß dieses Treiben das Licht des Tages zu scheuen hat. Deshalb umgaben sie ihre Umsturzpläne gegen zeitgemäße Verfügungen der Regierung mit dem schützenden Duntel der **Heimlichkeit**.

Nicht minder bezeichnend waren die Beratungen desselben Vereins über die durch die Berggesetzreform aktuell gewordene Frage der **Arbeiterausschüsse**. Da erklärte Herr **Bueck** als Referent mit Genehmigung, daß es dem **preussischen Landtag** zu danken sei, wenn die Bestimmungen der Berggesetznovelle so **gemäßigt** ausfielen, weil dort keine **Sozialdemokratie** die Mehrheit beeinflusse. „Wenn es sich um eine Frage im Reichstage handelte, so würde diese Sache ganz anders behandelt werden, als im preussischen Abgeordnetenhaus und im preussischen Herrenhaus.“

Ein vernichtenderes Urteil gegen das Unrecht des preussischen **Dreiklassenwahlsystems** hätte Herr **Bueck** kaum finden können. Der **Wahlentrechtung des Volkes** ist es also zuzuschreiben, daß die Wünsche der Arbeiter in der Berggesetzreform so wenig berücksichtigt, ja geradezu verhöhnt worden sind, und wie hier, so auf allen Gebieten der Landesgesetzgebung. So urteilen die Herren, wenn sie im engsten Kreise, **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit**, tagen!

Noch ungenierter sprach man sich in der Verbandsversammlung der **Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände** aus, die am 8. Dezember 1905 im Savoyhotel zu Berlin tagte. Zur Verhandlung stand der Geschäftsbericht des Herrn **U. Bueck**, der in einer glühenden Propagandarede für die **Arbeitgeberorganisation** ausklang. In der Debatte ergriff der Führer der sächsischen Textilindustriellen, der aus dem Grimmitzshauer Kampfe bekannte Kommerzienrat **Vogel**, das Wort, um die Unternehmer zu größerer Opferwilligkeit anzuspornen. Nach dem gleichfalls durch die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Sitzungsbericht erklärte dieser Herr:

„Unser Generalsekretär **Bueck** hat uns vorhin gesagt, daß unsere Hauptstelle Arbeitgeber mit 500 Millionen Mark Lohnsumme vereinigt. Wenn wir uns in eine Linie stellen mit unseren Arbeitern,

würden wir jährlich 5 Millionen aufbringen. Denn im großen ganzen zahlen die Arbeiter 1 Proz. ihres Lohnes —

der in keinem Verhältnis steht — das werden Sie ohne weiteres zugeben — mit den Erträgen unserer Fabriken und mit dem Einkommen unseres Standes.

Die Beute bringen 1 pro 100 auf. Wenn wir den Neuanzumerbenden sagen: In unseren Arbeitgeberverbänden nehmen wir $\frac{1}{2}$ oder 1 pro Mille, so ist das erste, daß sie darum feilschen, daß dieses ganze oder halbe pro Mille zu hoch sei, daß sie es gar nicht nötig hätten, ein Eintrittsgeld zu bezahlen oder wenigstens den Jahresbeitrag nur für das halbe Jahr entrichten wollen, daß jeder eine besondere Vergünstigung für sich haben will. **Und im Falle des Streiks — kann bei manchen der Mund nicht weit genug aufgerissen werden, wie weit sie entschädigt werden sollen. Meine Herren, das ist das Bild!** Und ich glaube, es ist sehr wünschenswert, gegenüber den letzten Vorkommnissen — die rote Welle dringt bis zu uns herüber, — Ihnen zu zeigen, wie groß die Gefahr ist, wenn wir uns nicht aufrichten. Meine Herren, sind wir denn weniger als Arbeiter? Haben wir nicht vermöge unserer Kapitalkraft, unseres Verstandes, unseres Wissens viel mehr Chancen...? Ich habe seinerzeit in Berlin an dieser Stelle gesagt: **Meine Herren! Einen JuliuSturm müssen wir bauen, wir müssen einen Turm bauen, wo wir soviel Kapitalien festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegensehen können.** Das elende Gebäude, das wir jetzt haben, wo wenige Hunderttausende wie in einem kleinen Bott, in eine Schachtel hineingetan worden sind, das imponiert den Arbeitern nicht, die ungefähr 20 Millionen in den Banken liegen haben und über ganz andere Opferfreudigkeit verfügen. Ich habe gestern die Freude gehabt, eine Anzahl Industrieller aus Süddeutschland zu sprechen; die sagten: „**Wir haben dieses Jahr ein gutes Jahr gehabt, wir werden in unseren Generalversammlungen beantragen, ein Prozent der an die Arbeiter gezahlten Lohnsumme auf die Kante zu legen für alle Zwecke, wie sie von Arbeitgeberverbänden gefördert werden.**“ Ich hätte persönlich gewünscht, daß es uns noch **viel, viel schlechter geht.** Vielleicht wären wir dann noch einmal zusammen gekommen und jeder hätte in die **Tasche** gegriffen und im **Handumdrehen hätten wir zehn Millionen bekommen!**“

So der sächsische Oberscharfmacher Vogel, der ebensogut über die Erträgnisse der Fabriken, als über die niedrigen Arbeiterlöhne Bescheid weiß und die **gefüllten Taschen seiner Arbeitgeberfreunde**, aber auch deren Anauferigkeit und mangelnden Opfersinn zur Genüge kennt. Das leuchtende Beispiel bewunderungswürdiger Opferfreudigkeit, das die armen Arbeiter ihren reichen Ausbeutern geben, wird auf die letzteren wohl immer ohne Eindruck bleiben.

Verfehlt wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitgeberorganisation den Gewerkschaften nie ernstlich gefährlich werden könne. Die Stärke der Arbeiterorganisation beruht ganz wesentlich auf dem Vorhandensein verfügbarer Millionenfonds, um jederzeit Tausende von streikenden oder ausgesperrten Arbeitern, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, unterstützen, mit dem Nötigsten versehen zu können. Die Widerstandskraft der Unternehmerorganisation basiert hauptsächlich auf der Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbs, der aus der Streikkalamität des einzelnen Nutzen zieht. Die Entschädigung für Streitverluste hat

hier mehr die Bedeutung eines Nothmittels für die kleinen Gewerbetreibenden, die den Großen zwar inmitten eines Kampfes recht unbequem werden können, an deren Erhaltung aber den Industriellen sowieso sehr wenig gelegen ist. Die Großindustrie bedarf der Entschädigung nicht, zumal die fortschreitende Kartellierung die Streikverluste auf ein Minimum reduziert. Der Streik im Ruhrkohlenrevier hat dem Kohlensyndikat keinen ernsthaften Schaden zugefügt, der nicht durch spätere Mehrförderung und Preissteigerung ausgeglichen wäre.

Die Streikversicherung wird immer nur von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmerkämpfe sein. Wenn das Unternehmertum sonst in jeder Beziehung einig ist und sich nicht gegenseitig in den Arm fällt, so wird es für die Gewerkschaftsbestrebungen schon ein ernstes Hindernis bilden. So hat die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, wie aus einem ohne ihr Zutun veröffentlichten Sitzungsbericht hervorgeht, im April d. Js. anlässlich eines Rutscher- und Möbelpackerstreiks in Magdeburg den noch jungen Arbeitgeberverband der Expeditions- und Transportunternehmungen derart unterstützt, daß der Streik ebensoviele Wochen dauerte, als man ihn vorher nach Tagen berechnet hatte, und schließlich mit geringfügigen Zugeständnissen aufgehoben werden mußte. Der Ausgang dieses Kampfes bildete den Anlaß, daß das Magdeburger Gewerkschaftskartell eingehend das Thema „**Gewerkschaften und Unternehmerverbände**“ erörterte und das darüber gehaltene Referat als Broschüre erscheinen ließ. *) Auch der Kampf im Zeitz-Weißenfels Braunkohlenrevier wurde wesentlich durch das Eingreifen der Hauptstelle verlängert und in seinem Erfolge für die Arbeiter erheblich beeinträchtigt. Das beweist uns zur Genüge, wie nachteilig es wäre, die Bedeutung der Arbeitgeberorganisation lediglich nach deren finanziellem Opferauswand einzuschätzen. Dies würde stets zur Unterschätzung unserer Gegner führen. Wir haben keinen Grund, angesichts der erfreulichen Entwicklung unserer Gewerkschaften an Mitgliedern und Finanzmitteln, trübe in die Zukunft zu schauen. Eine Klasse, die ein solches Maß von Opferfreudigkeit und Widerstandskraft bekundet, wird sich nicht so leicht niederringen lassen. Aber wir dürfen auch die natürliche Ueberlegenheit unserer kapitalkräftigen Gegner nicht vergessen und ihre durch Organisation erhöhte Widerstandskraft nicht zu gering einschätzen, wenn wir uns vor üblen Erfahrungen bewahren wollen.

* * *

Um so mehr aber erwächst allen Arbeitern die Pflicht, die Widerstandsfähigkeit der **Gewerkschaftsorganisation** zu stärken. Zehntausende von Arbeitern stehen ihrer Berufsorganisation noch fern, — Hunderttausende sind in zahlreichen Industrien noch für die Organisation zu gewinnen, — Millionen stehen heute noch abseits der Gewerkschaftsbewegung und entziehen sich der gemeinsamen Sache, ihre Kraft, die sie in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen müßten, in nutzlosem Spiel, Sport und Vereinstreiben vergeudend. Um wieviel leichter, rascher und erfolgreicher könnte der Kampf der Gewerkschaften sein, wenn heute die Mehrheit der Arbeiter hinter ihrer Organisation stände, und wie viele Kämpfe würden vermieden, wie viele Zugeständnisse der Arbeitgeber durch friedliche Vereinbarungen gesichert werden, wenn das Unternehmertum nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter rechnen könnte. Die Gewerkschaften repräsen-

*) Aug. Müller: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“. Preis 30 Pfennig. Verlag des Gewerkschaftskartells Magdeburg.

tieren nur etwa 20 Prozent der beschäftigten Arbeiter, — erklärte das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, — deshalb kann uns niemand zumuten, sie als die Vertretung des Arbeiterstandes anzuerkennen! So trägt die Teilnahmslosigkeit eines großen Teils der Arbeiter dazu bei, den ärgsten Arbeiterfeinden das Rückgrat zu steifen. Wenn diese Arbeiter nur einmal darüber nachdenken würden, wie sehr sie sich durch ihr unwürdiges Verhalten **ins eigne Fleisch schneiden**, dann würden sie sich eines Besseren besinnen. Da diese Erkenntnis aber nicht von selbst kommt, so ist es die Pflicht ihrer organisierten Klassengenossen, ihnen dies so eindringlich als möglich zu sagen.

Wer seine Organisationspflicht nicht erfüllt, schädigt sich selbst und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Arbeiterstand.

Aber auch die **Organisationszersplitterung** der Arbeiter kommt den Gegnern zugute. Wo in aller Welt gibt es ein Beispiel, daß das Unternehmertum seine Wirtschaftsinteressen in religiöse und politische Formeln zwingt und sich in religiöse, konfessionelle und politische Verbände zersplittert? Unsere Gegner wissen nur zu gut, daß ihre Herrschaft auf einheitlichen und darum starken wirtschaftlichen Verbänden beruht. Die Arbeiterorganisation sucht man indes zu schwächen, indem man besondere politische, christliche und nationale Gewerkschaften propagiert und zwischen den Arbeitern künstliche Schranken aufrichtet, durch Hervorrufung von Gegensätzen die notwendige Einigkeit aller Arbeiter gegenüber den vereinigten Arbeitgebern unterbindet. Als Folge zeigt uns die Erfahrung, daß die solcherweise mißleiteten Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streikbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Klassengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem **Organisationswirrwarr** gegenüber hat das Unternehmertum ein **leichtes Spiel**. Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Ueberzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die **öffentliche Meinung** wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrkohlenkampfes bewies. Erschwerung der gewerkschaftlichen Ausbreitung und Arbeit, Verbitterung des kollegialen Verhältnisses, Verkümmern des gewerkschaftlichen Erfolges, Stärkung des Widerstandes der Arbeitgeber, das ist das traurige Fazit der von Arbeiterfeinden systematisch gepflegten Sonderbündelei.

Stark und einheitlich muß die Organisation sein, die den Arbeitgebern Respekt einflößt!

Der Zusammenschluß des Unternehmertums lehrt uns, daß es dringend notwendig ist, der **Organisationszersplitterung ein Ende zu machen** und den Gegnern nur die **eine** kampferprobte Arbeiterorganisation entgegenzustellen, die durch die **gewerkschaftlichen Centralverbände**, vereint in der **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands**, vertreten wird. Diesen Verbänden müssen sich alle Außenstehenden anschließen; diesen Gewerkschaften sind auch diejenigen Arbeitsgenossen zuzuführen, die bisher des Glaubens waren, auch in einem christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein oder in einer lokalistischen Vereinigung ihre gewerkschaftlichen Interessen vertreten zu finden.

* * *

An Euch, Arbeitsgenossen oder Arbeitsgenossinnen, die Ihr den **Gewerkschaften noch fernsteht**, ergeht die Aufforderung, der Organisation

Eures Berufes beizutreten oder, falls Ihr bereits Mitglied derselben seid, durch diese Flugschrift weitere Mitglieder für dieselbe zu werben.

Folget dem Mahnruf zur Organisation!

Es ist hohe Zeit, den Beitritt zu beschleunigen. **Ernste Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor.** Wartet nicht erst den Tag ab, an dem die Arbeitgeber die fortgesetzt angedrohten **Riesenausperrungen** zur Tatsache machen. **Sichert Euch** durch sofortigen Eintritt in den Verband alle Rechte und tragt zu Eurem Teil dazu bei, die Reihen der Arbeiter zu einer unüberwindlichen Phalanx zu gestalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr verdientet Euer Loos, bis an Euer Lebensende geknechtet, unterdrückt und verhöhnt zu werden und an Euren Kindern und Kindeskindern das gleiche Schicksal sich vollziehen zu sehen, wenn Ihr Euch nicht zur Wehr sehtet.

Darum hinein in die Gewerkschaften!

Das ist die beste Antwort auf die Kampfdrohungen des organisierten Unternehmertums!



Auskunft über den Beitritt zur Gewerkschaftsorganisation erteilen bereitwilligst die Gewerkschaftsvorstände und Vertrauensleute an jedem Orte. Wo solche Auskunft aus irgend welchen Gründen nicht zu erhalten ist, wende man sich an die zuständigen Verbandsleitungen, deren Adressen nachstehend angegeben sind. Die sämtlichen nachstehend aufgeführten Gewerkschaften nehmen auch die weiblichen Arbeitskräfte des Berufes als Mitglieder auf, soweit solche in nennenswerter Anzahl in den betreffenden Berufen vorhanden sind. Der Kürze wegen ist das bei den Titeln der einzelnen Organisationen nicht besonders hervorgehoben.

Adressen der Vorsitzenden der deutlichen Centralvereine.

1. **Asphalteure.** Fr. Weiglin, Deuffelstr. 19, part. Berlin NW. 87.
2. **Bäcker.** D. Allmann, Marxstr. 6, pt., Hamburg 23.
3. **Barbiere.** Fr. Eckorn, Ofterstr. 166, Hamburg 19.
4. **Bauhülfsarbeiter.** Gust. Behrendt, Klosterstr. 8 I, Hamburg 7.
5. **Bergarbeiter.** H. Sachsse, Wiemelhauserstr. 38/40, Bochum.
6. **Bildhauer.** B. Dupont, Solmsstr. 33, 2. Et., Berlin SW. 29.
7. **Blumen-, Feder- und Blätterarbeiter.** Frau Emma Threr, Schloßstr. 8, 1. Et., Bankow b. Berlin.
8. **Böttcher.** C. Winkelmann, Hankenstr. 21/22, Bremen.
9. **Brauereiarbeiter.** G. Bauer, Münzstr. 5, 3. Et., Hannover.
10. **Buchbinder.** E. Kloth, Kottbuserdamm 23, 1. Et., Berlin S. 59.
11. **Buchdrucker.** C. Döblin, Chamissoplatz 5, 3. Et., Berlin SW. 29.
12. **Buchdrucker (Elsaß-Lothringen).** A. Schmoll, Langgasse 146, Strabburg i. Elß.
13. **Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter.** Frau Paula Thiede, Elbingerstr. 19, 2. Et., Berlin NO. 18.
14. **Bureauangestellte.** Gustab Bauer, Dänenstr. 1, 1. Et., Berlin N. 58.
15. **Dachbeder.** G. Diehl, Brückenstr. 31, Frankfurt a. M.

16. Eisenbahner. S. Fochade, Auschläger-Mee 32, Hamburg 27.
17. Fabrik-, Land- und gewerbliche Hilfsarbeiter. A. Breh, Münzstr. 8, Hannover.
18. Fleischer. Paul Hensel, Dragonerstr. 15, Berlin O. 54.
19. Formstecher. C. Schubart, Koloniestr. 70, v. 4. Et., Berlin N. 20.
20. Gärtner, Gartenarbeiter und Blumengeschäftsanestellte. Georg Schmidt, Mejerstr. 3, Berlin N. 37.
21. Gastwirtsgehülfen. Hugo Boecksch, Eßbingerstr. 21, Berlin NO. 18.
22. Gemeindebetriebsarbeiter. Albin Mohs, Winterfeldtstr. 24, Berlin W. 30.
23. Glasarbeiter. E. Girbig, Goflerstr. 29, 2. Et., Berlin O. 17.
24. Glaser. Herm. Eichhorn, Wilhelmstr. 47, Karlsruhe.
25. Graveure und Ziseleure. Ernst Brückner, Mariannenplatz 5, Hof, 1. Et., Berlin SO, 26.
26. Hafenarbeiter. J. Döring, Gänsemarkt 35, 1. Et., Hamburg.
27. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. D. Schumann, Engelufer 21, Berlin SO. 16.
28. Handlungsgehülfen und -Schülfinnen. Max Josephsohn, Marktstr. 136, Hamburg 6.
29. Handschuhmacher. E. Reister, Tilsiterstr. 40, 2. Et., Berlin O. 34.
30. Holzarbeiter. C. Klotz, Adlerstr. 43, Stuttgart.
31. Putzmacher. A. Mehsche, Kreuzstr. 7, Altenburg, S.-A.
32. Konditoren. C. Wölk, Seilerstr. 32, 4. Et., Hamburg 4.
33. Kupferschmiede. F. Bischoff, Friedenstr. 4, Hamburg 23.
34. Kürschner. Ernst Schubert, Wohldorferstr. 13, Hamburg 22.
35. Lagerhalter. Franz Reinsdorf, Markt 17, Leipzig-Lindenau.
36. Lederarbeiter. S. Mahler, Engelufer 15, 4. Et., Berlin SO. 16.
37. Lithographen und Steindrucker. (Deutscher Senefelderbund). D. Gillier, Anklamerstr. 27, 1. Et., Berlin N. 28.
38. Maler. A. Tobler, Schmalenbiederstr. 17, 2. Et., Hamburg-Barmbeck.
39. Maschinisten und Heizer. F. Scheffel, Bildlerstr. 45, Berlin SO, 33.
40. Maurer. Th. Bömelburg, Wesenbinderhof 56, Hamburg 7.
41. Metallarbeiter. A. Schlicke, Rotestr. 16b, Stuttgart.
42. Müller. S. Näppler, Zwickauerstr. 12, Altenburg, S.-A.
43. Notensteher. M. Löblich, Thalstr. 27, 1. Et., Leipzig.
44. Portefeuille. S. Weinschild, Waldstr. 8, 1 Et., Offenbach a. M.
45. Porzellanarbeiter. Georg Wollmann, Rosinenstr. 3, Seitenflügel, 2. Et., Charlottenburg.
46. Sattler. P. Blum, Adalbertstr. 56, Berlin SO. 16.
47. Schiffszimmerer. W. Müller, Banksstr. 144, Hamburg 17.
48. Schirmmacher. Carl Lohse, Düsseldorf, Kasernenstr. 63.
49. Schmiede. F. Lange, Herderstr. 2, Hamburg-Uhlenhorst.
50. Schneider. S. Stühmer, Köpenickerstr. 32, 1. Et., Berlin SO. 16.
51. Schuhmacher. J. Simon, Fenixplatz 4, Nürnberg.
52. Seeleute. Paul Müller, Hafenstr. 116, 1. Et., Hamburg-St. Pauli.
53. Steinarbeiter. Paul Starke, Zeigerstr. 32, Leipzig.
54. Steinseher. W. Wagner, Wickeffstr. 16, 1. Et., Berlin NW. 21.
55. Stukkatenre. Chr. Odenthal, Am Holsteinischen Ramp 39 a II, Hamburg 22.
56. Tabakarbeiter. Carl Deichmann, Marktstr. 18, 3. Et., Bremen.
57. Tapezierer. L. Gruntwaldt, Steindamm 99, 2. Et., Hamburg-St. Georg.
58. Textilarbeiter. C. Hübsch, Andreasstr. 61, Berlin O. 27.
59. Töpfer. A. Drunsel, Engelufer 15, Berlin SO. 16.
60. Vergolder. Heinrich Späthe, Wilsnackerstraße 39, Berlin NW. 5.
61. Wäschearbeiter. Paul Keller, Neue Königstr. 7, 1. Et., Berlin NO. 43.
62. Zigarrenfortierer. C. Arnhold, Marktstr. 127, St. Hs., Hamburg 6.
63. Zimmerer. F. Schrader, Fehlerstr. 28, 1. Et. links, Hamburg-Barmbeck.
64. Zivil-Musiker. Gottl. Fauth, Sellkamp 33, 3. Et., Hamburg 19.

